

Globalisierung und Gerechtigkeit –

Einige Überlegungen zu einem schwierigen Thema¹

Prof. Dr. Dr. F. J. Radermacher²

¹ Vortrag anlässlich des Kongresses „Globalisierung und Gerechtigkeit“, Landgericht Hildesheim, 14.11.2012; erscheint im Georg Olms Verlag, Hildesheim

² Prof. Dr. Dr. F. J. Radermacher, Vorstand des Forschungsinstituts für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung/n (FAW/n), zugleich Professor für Informatik, Universität Ulm, Präsident des Senats der Wirtschaft e. V., Bonn, Vizepräsident des Ökosozialen Forum Europa, Wien sowie Mitglied des Club of Rome

Korrespondenzadresse: Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung/n (FAW/n), Lise-Meitner-Str. 9, D-89081 Ulm; Tel. 0731-50-39100, Fax 0731-50-39111, E-Mail: radermacher@faw-neu-ulm.de

Vorbemerkung	3
1. Die Evolution des Menschen als Ausgangspunkt	3
2. Die Durchsetzung des „Neuen“	4
3. Arbeitsteilung und Kooperation.....	5
5. Warum alle Menschen legitime Ansprüche haben.....	6
6. Eine Schlüsselinnovation aus Indien: unser Zahlensystem	7
7. Die Eroberung der Neuen Welt.....	8
8. Siedlerkolonialismus	9
9. Kolonialismus und Gerechtigkeit	10
10. Gleiche Rechte für alle als Teil der weltsozialen Frage	12
11. Welternährung und Gerechtigkeit.....	13
12. Jean Ziegler und der millionenfache Hunger	14
13. Hunger im Überfluss	15
14. John Rawls und der „Schleier des Nichtwissens“	16
15. Ein neues Bewusstsein für eine globale soziale Perspektive	17
16. Das Klima als globales Gerechtigkeitsthema	19
17. Materielle Rückschritte sind schwierig – Einsichten aus der Gehirnforschung	21
18. Historische Leistungen sind anzuerkennen	22
19. Gerechtigkeit und Globalisierung – eine pragmatische Sicht	23
20. Warum wachsen wir in immer größere politische Strukturen hinein?.....	23
21. Die Finanzkrise, Europa und Global Governance	25
22. Das Trilemma der Globalisierung.....	25
23. Amerika – auf dem Weg in eine Plutokratie?	26
24. Entwertete Eigentumsrechte – Nebeneffekte der deutschen Energiewende.....	27
25. Überlegungen zur Globalisierung der Demokratie	28
26. Zur Rolle von Krisen	29
27. Globale Gerechtigkeit nach der Finanzkrise	30
28. Die Schweiz erfindet sich in Teilen neu.....	30
29. Wer ist zuständig für die Bereitstellung von Arbeitsplätzen?.....	31
30. Globaler Finanzausgleich	31
31. Gerechtigkeit vs. Nutzen.....	33
32. Durchsetzung eines weltweiten ökosozialen Ordnungsrahmens.....	33
33. Hässliche Zukünfte / unschöne Perspektiven	34
34. Was soll man als Einzelner tun / Doppelstrategie	35
35. Der „Fluch“ der Kurzfristorientierung.....	35
Zusammenfassung	36
Literatur	38

Vorbemerkung

Vielen Dank für die freundliche Einführung und vielen Dank auch dafür, dass Sie als Veranstalter diese Tagung mit so viel Engagement vorbereitet haben. Ich freue mich sehr, hier zu sein und bin gerne gekommen, vor allem auch wegen des Themas, aber auch, weil ich mit der hier beteiligten Sparkasse Hildesheim schon lange zusammenarbeite.

Die Thematik „Globalisierung und Gerechtigkeit“ ist schwierig. Die Philosophen streiten sich über den Begriff der Gerechtigkeit seit tausenden von Jahren. Es gibt Literatur zum Thema in beliebiger Menge aber keine Einigkeit in der Sache. Gerechtigkeit herzustellen ist schon fast unmöglich in kleinen Gemeinschaften von Menschen, die lebenslang eng miteinander verbunden und aufeinander angewiesen sind. Es wird zu einer fast unmöglich zu lösenden Aufgabe, wenn man den ganzen Globus betrachtet und die Beziehungen zwischen einzelnen Menschen eher peripherer Natur sind oder gar nicht existieren. Dann wird es schwer, einen „archimedischen Punkt“ zu finden, von dem aus man überhaupt stringente Überlegungen zum Thema entwickeln kann.

1. Die Evolution des Menschen als Ausgangspunkt

Ich wähle im Weiteren die Evolution des Menschen als Ausgangspunkt, also den langen Prozess der „Menschwerdung“, herkommend aus der Welt der Primaten hin zum modernen Menschen. Warum kann das ein sinnvoller Zugang sein? Weil viele unserer genetischen Vorprägungen und Prädispositionen und viele unserer kulturellen Erfahrungen aus dieser langen Historie stammen. Das gilt insbesondere für die den Menschen bis heute kulturell prägenden Kleingruppenerfahrungen. Charakteristisch für die betrachtete Historie ist ein immer leistungsfähigeres neuronales Netz „Gehirn“, das zunehmend Fähigkeiten zur Prozessierung von Informationen eines abstrakten Typs entwickelt. Nur auf der Basis solcher Fähigkeiten kann man überhaupt irgendwann über Gerechtigkeit reden.

Der heutige Mensch ist in seinen Abstraktionsfähigkeiten viel besser als unsere Vorfahren. Im Verhältnis zu einem modernen Rechner gilt das in vielen Aspekten allerdings nicht. Da sich das Preis-Leistungsverhältnis bei elementaren Rechneroptionen alle 20 Jahre um etwa den Faktor 1.000 verbessert, fallen wir im Vergleich zu technischen Manifestationen von abstrakten Informationsverarbeitungsprozessen in immer mehr Dimensionen immer schneller zurück, auch wenn wir an anderer Stelle nach wie vor jeder Maschine weit überlegen sind. Dass jetzt die ersten Lizenzen für den Test eines vollautomatischen Fahrens von Automobilen vergeben wurden, charakterisiert die Entwicklung sehr gut.

Lange Zeit hat der Mensch, als er über sich nachzudenken begann, geglaubt, das Beste an ihm sei der „abstrakte Rechner“ in seinem Gehirn. Dort lag der wesentliche Unterschied zu Tieren, hier entstanden Gedanken über Philosophie, Gott, Mathematik und die Gerechtigkeit. Heute hat diese Art, sich selbst zu definieren, an Charme verloren. Jetzt suchen wir eine Abgrenzung gegenüber dem Rechner und seiner Symbolverarbeitungskapazität. Und in Ab-

grenzung zum Rechner sind wir froh, dass wir auch Tiere sind, sensomotorisch, zu Gefühlen fähige Wesen, die in der Welt „verankert“ sind. Abstraktionsfähigkeit hat bei uns Menschen also eine Rückbindung an die Welt, insbesondere auch an Emotionen. In der „künstlichen Intelligenz“ spricht man an dieser Stelle von „Symbolverankerung“ und „ground truth“. Noch genauer: Eisige Kälte ist für uns nicht nur ein physikalisch messbarer Parameter, sondern für viele Menschen auch eine bereits erfolgte, höchst unangenehme und potentiell lebensbedrohliche Erfahrung und mit großen Schmerz verbunden. Schmerz ist in diesem Sinne eine höchst unangenehme Erinnerung. Damit kommen stärker die Empfindungen und Bedürfnisse des Menschen in den Blick und seine genetischen Vorprägungen, die wiederum zurückwirken auf Fragen wie Gerechtigkeit.

Wir sind in diesem Sinne zusammenfassend der leistungsfähigere „Schimpanse“. Damit können und müssen wir die Gerechtigkeitsfrage aber auch für Schimpansen aufwerfen. Mancher mag argumentieren, dass Schimpansen gar kein Gerechtigkeitsproblem haben können, da sich Schimpansen „reaktionsgetrieben“ verhalten. Wer die Welt so sieht, unterschätzt wahrscheinlich die Differenziertheit von Schimpansen. Diese pflegen enge Verwandtschaftsbeziehungen, agieren in Gruppen, teilen Nahrung oder teilen sie auch nicht, gehen mit Fleisch anders um, als mit vegetarischer Nahrung und zeigen in Experimenten zum sogenannten „Ultimatumspiel“ ähnliche „Gerechtigkeitsreaktionen“ wie Menschen. Schimpansen fühlen sich also wie Menschen manchmal ungerecht behandelt und reagieren darauf mit Ärger und Verweigerung.

Immer noch könnte man argumentieren, dass sich dabei keine Gerechtigkeitsfrage stellt, weil die Schimpansen wohl kaum über die Fähigkeit verfügen, darüber zu reflektieren, was sie tun. Sie können in diesem Sinne wahrscheinlich kein alternatives Verhalten entwickeln und sich insbesondere auch nicht untereinander über Alternativen austauschen oder Verträge darüber schließen, wie sie sich zukünftig verhalten wollen. Das mag so sein oder auch nicht. Vielleicht war das bei den frühen Menschen dann auch so. Dinge passierten einfach – alternativlos. Wenn man diesen Standpunkt vertritt, dann wäre Gerechtigkeit ein neues Thema – auch für den Menschen. Dann hätte es dieses Thema für die Menschen über ihre lange Entwicklungszeit hinweg im Wesentlichen nicht gegeben.

2. Die Durchsetzung des „Neuen“

Wenn man nun darüber nachdenkt, wie Dinge passiert sind und passieren, dann gibt es in der Evolution ein mächtiges, oft auch „grausames“ Prinzip hoher Wirkungskraft, das den Ablauf bestimmt, dass sich nämlich in einer konkreten Situation der „Stärkere“, und damit das in der Evolution „Bessere“ (im Sinne von Überlebensfähigkeit) durchsetzt. Dabei passiert Folgendes: Wollen ein Löwe und eine Hyäne an ein gerade gerissenes Tier, setzt sich der Löwe durch und vertreibt die Hyäne. Sind dort 10 Hyänen und nur zwei Löwen, werden oft die Löwen vertrieben. Tritt innerhalb von Menschengruppen eine Innovation auf, die auf den Reproduktionserfolg positiv wirkt, z. B. die Erfindung einer neuen Jagdtechnik, setzt sie sich durch. Durchsetzung des Neuen erfolgt nach folgendem Schema: Schafft jemand eine wirklich wirksame Innovation, etwa in der Jagdtechnik oder bei Kriegswaffen, haben die Nach-

barn meist nur noch zwei Optionen: entweder sie lernen das Neue nicht. Dann werden in Kürze die Kinder der anderen da wohnen, wo bisher sie wohnten. Oder die Nachbarn lernen das Neue ganz schnell, dann dürfen ihre Kinder da wohnen bleiben, wo die Eltern wohnten. In jedem Fall leben nach einigen Generationen nur noch die Kinder, die das Neue beherrschen – die Innovation hat sich durchgesetzt. Jedenfalls ist die neue Technik bald Allgemeingut, da es die Kinder von denen, die das Neue nicht lernen, nicht geben wird. Ob das gerecht ist, wird dabei nicht gefragt, was passiert, passiert und ergibt sich mit hoher Wirkungsmacht.

Viele Menschen meinen, dass in der Vergangenheit der Prozess der Verdrängung der Nachbarn als Folge neuer Fertigkeiten über das Töten des anderen, des Konkurrenten erfolgte und lehnen den Ablauf daher instinktiv ab. Aber so ist das nicht. Tötung ist nicht der normale Ablauf, eher die Ausnahme, weil Töten viel zu mühevoll und zugleich viel zu riskant ist. Normalerweise werden bei Tieren wie bei Menschen direkte Auseinandersetzungen vermieden, solange die Risikowahrscheinlichkeiten für beide Seiten signifikant sind. Schon ein Risiko in der Größenordnung von 5 % pro Auseinandersetzung ist viel zu hoch, um sich ohne zwingende Not darauf einzulassen. Die Auseinandersetzungen verlaufen anders, subtiler, versteckter. Der etwas bessere Jagderfolg führt zu einer etwas höheren Reproduktion und bald zu zahlenmäßigen Verschiebungen und lokalen Verdrängungen, z. B. über die Verschlechterung der Nahrungsbasis für die etwas schwächere Gruppe, weil jemand anderes das verfügbare Wild bereits erlegt hatte. Über eine genügend lange Folge von Generationen verwindet die weniger leistungsfähige Gruppe aufgrund von zahlenmäßiger Auszehrung.

3. Arbeitsteilung und Kooperation

Der heutige Mensch hat für sich auf dem beschriebenen Weg die Welt erobert. Dabei kamen zwei wesentliche Prinzipien zum Tragen. (1) Innerhalb der Gruppen, in denen sich der Mensch organisiert, sind Arbeitsteilung und Kooperation die tragenden Prinzipien. Sie sind enorm wirkungsvoll und wichtiger als Konkurrenz, die eher relative Aspekte als Fragen von Leben und Tod betrifft und indirekt sogar die Kooperation fördert. Ohne Kooperation in der Gruppe können wir nicht überleben. Daraus resultieren bestimmte Organisationsformen und -Erfordernisse, die lebenspraktische Gerechtigkeitsfragen aufwerfen bzw. klären. (2) Das zweite tragende Prinzip wird in dem bekannten Bild „Wir sind alle Zwerge auf den Schultern von Riesen“ beschrieben, das besagt, dass der eigene Beitrag jedes einzelnen Menschen und jeder einzelnen Gruppe zu den Lebensbedingungen der Menschheit und zur Zukunft unserer Gattung im Wesentlichen irrelevant gering ist. Demgegenüber profitieren wir alle vom Beitrag von hunderten Generationen vor uns, genauer gesagt, vom kollektiven Beitrag dieser Generationen. Und das, was hunderte Generationen vorher geschafft haben, ist wiederum überhaupt die Voraussetzung für den eigenen kleinen Beitrag, den wir heute individuell oder als Gruppe eventuell erbringen. Wobei wir häufig als kleine „Egomanen“ glauben, wir seien mit unserem Beitrag besonders wichtig. Aber das ist Autosuggestion. Manchmal hilft Autosuggestion, die eigenen Beiträge zu verbessern. Vielleicht sind wir besser, als wir sonst wären, weil wir glauben, wir seien sehr gut, obwohl wir gar nicht so gut sind und es auch gar nicht sein müssen, weil wir auf dem soliden Fundament aufbauen, das hunderte Generationen vor uns geschaffen haben und das wir alle kontinuierlich nutzen, ob wir uns dessen bewusst sind oder nicht: beim Gebrauch der Sprache und der Schrift, der Nutzung einer Straße oder Brücke, der Orientierung an Vorgaben und Gesetzen. Kontinuierlich entwickeln wir als

Menschheit diese Basis weiter, womit wir über Investitionen und noch über Innovationen zukünftigen Generationen immer neue Optionen eröffnen.

4. Wir betreiben kein Nullsummenspiel

Der beschriebene Prozess bringt immer mehr Menschen hervor, vergrößert aber noch schneller die Menge der verfügbaren Güter und Dienstleistungen, die insgesamt bereitgestellt werden. Wir befinden uns also nicht in einem „Nullsummenspiel“. Zusammenarbeit ermöglicht die Vergrößerung des Kuchens. Genau daraus erwachsen dann anschließend Gerechtigkeitsfragen. Denn ständig wachsen Wissen und Fertigkeiten der Menschheit, die wieder die Voraussetzung für die heute der extreme „Leistungsfähigkeit“ des Systems Menschheit (auch Superorganismus Menschheit genannt) bilden. Dabei entsteht mittlerweile so viel, dass Verteilungsfragen und Fragen des Eigentums und des Ressourcenzugriffs eine hohe Bedeutung gewinnen. Die Gerechtigkeitsfrage gewinnt an Gewicht, weil der Kuchen viel schneller wächst als die Anzahl der Menschen („Positiv-Summenspiel“), weil der Gesamtkuchen nur als Folge von Kooperation wächst und weil die Verteilungsfragen ihrerseits massiv auf das Wachstum und das Wachstumspotential der gesamtgesellschaftlichen Leistungen zurückwirken, d. h. die Art der Verteilung des Geschaffenen beeinflusst massiv die Menge dessen, was wir heute und morgen zur Verteilung hervorbringen. Rasch ist man dann bei der Frage, wer von einem Mehr wie viel beanspruchen darf. Und auch bei der Frage, ob es klüger ist, in etwa das Gleiche wie jeder andere von einem dann allerdings kleineren Kuchen zu beanspruchen oder sich ggf. auf anteilig deutlich weniger von einem dann allerdings möglicherweise viel größeren Kuchen einzulassen? Und wenn Individuen diese Frage unterschiedlich beantworten, dann stellt sich die Frage, wie man zu verbindlichen Gruppenentscheidungen bzgl. derartiger Grundsatzfragen kommen soll bzw. kann. Hier gibt es (leider) prinzipielle Grenzen dessen, was an zufriedenstellender Integration möglich ist, wenn man bestimmte Rationalitäts- bzw. Konsistenzforderungen stellt. Dies ist im Kern eine mathematische Erkenntnis. Sie fällt in den Rahmen der „Mathematik der Demokratie“. In der Literatur wird das beschriebene Phänomen diskutiert als der Satz von Arrows, auch als „Satz vom Diktator“ bezeichnet.

5. Warum alle Menschen legitime Ansprüche haben

Wenn wir als Spezies über die letzten paar tausend Jahre verstärkt anfangen über Gerechtigkeit zu reflektieren, dann ist ein wichtiges Argument für die Berücksichtigung der Interessen aller, und damit für eine starke Komponente der Kooperation, dass wir ohnehin alle von einer Basis profitieren, die hunderte von Generationen geschaffen haben. Diese Basis gehört in einem gewissen Sinne niemandem, sondern uns allen gemeinsam. Das ist ein gemeinsames Erbe der Menschheit und die Voraussetzung unserer materiellen Existenz. Noch genauer: Auf Basis der Technik des 17. Jahrhunderts könnten wir heute nicht einmal ein Zehntel der heute lebenden Menschen ernähren. Auf Basis der Steinzeittechniken bzgl. Jagen und Sammeln vor zehntausend Jahren sogar nur etwa 20 Millionen. Der technisch-organisatorische Fortschritt in den letzten Jahrhunderten ist die unverzichtbare Voraussetzung dafür, dass wir heute 7 Milliarden und bald 10 Milliarden Menschen ernähren können.

Wenn dieses gemeinsame Erbe der Menschheit die wichtigste Basis ist für alles, was wir als Einzelner beitragen, dann kann das, was der Einzelne heute konkret bewegt, nicht einfach ihm als Eigentum oder Verfügungsmasse zugeordnet werden, sondern ist teilweise dem Gesamtsystem zuzuschreiben, das die Basis geschaffen hat und diese Basis auch zukünftig am Leben erhält und erhalten muss, wenn Verhältnisse vermieden werden sollen, die Milliarden von Menschen das Leben kosten würden. Es gibt in diesem Sinne eine systemische Rückkopplung vom heutigen Individuum zu dem, was die Menschheit über viele hunderte Generationen als Basis unserer heutigen Leistungsfähigkeit geschaffen hat. Ohne diese Basis und ohne die vielfältigen Investitionen in jede neue Generation, also ohne das Aufziehen und die Ausbildung der Kinder wären die individuellen Möglichkeiten für Wertschöpfung, wie immer definiert, minimal. Und das würde auch gelten, wenn die vielfältigen Unterstützungsleistungen des Systems wegfallen würden, auf die wir dauernd zurückgreifen, von der Bereitstellung benötigter Infrastrukturen über die Regulierung des Verkehrs, von Wohnmöglichkeiten und Supermärkten bis hin zu vielfältigen persönlichen oder technischen Dienstleistungen, die entweder da sind (z. B. Straßen und Brücken) oder in der Arbeitsteilung angeboten werden. Das kollektive Wissen ist ein wesentlicher Faktor für unseren Wohlstand, wie die materielle Kultur – und natürlich gilt dies auch für die natürliche Umwelt mit all ihren Ressourcen und viele Weltgemeingütern - ohne die Leben und erst recht Wohlstand unmöglich wären.

6. Eine Schlüsselinnovation aus Indien: unser Zahlensystem

Es ist interessant, wenn man diesem Thema einmal im Detail nachspürt. Eine Schlüsselbedeutung für unsere moderne Technik besitzt zum Beispiel die tiefgreifende Veränderung unserer Welt durch die revolutionäre Mathematik aus dem indischen und arabischen Kulturkreis, der wir unsere heutige Zahlenwelt verdanken. Die heutige Darstellung der Zahlen und die Art, wie wir heute unter Nutzung dieser Darstellung addieren und multiplizieren, hat eine Schlüsselbedeutung. Dies war keine Erfindung des Westens. Der Westen nutzte damals immer noch die ziemlich ungünstige römische Zahlendarstellung und Berechnungstechnik. Wären wir dabei geblieben, dann gäbe es heute keine modernen Hochhäuser, Automobile, Flugzeuge, kein Penicillin und auch keine Computer. Die Globalisierung, so wie sie heute unser Leben prägt, gäbe es auch nicht. Und natürlich würden wir heute auch nicht so über Gerechtigkeit debattieren, wie wir das hier tun, also Gerechtigkeitsfragen im Kontext der Globalisierung zu stellen.

Wir verdanken damit vieles, was wir heute können, dem Zahlensystem, das über Indien und die arabische Welt, über Spanien und Sizilien zu uns kam, in der „dunklen“ Zeit Europas, um das Jahr 1.000. Um die Einführung dieses Zahlensystems wurde in Europa etwa 200 Jahre lang gestritten. Es wurde sogar die katholische Kirche bemüht, um dieses Zahlensystem zu verhindern, wobei versucht wurde, die Tatsache zu problematisieren, dass man in diesem Zahlensystem aufgrund seiner „Architektur“ zwingend die Null (als Platzhalter) zur Verfügung haben muss. Manche haben damals zur Begründung ihrer Ablehnung argumentiert, die Null sei des „Teufels“, denn die Null ist ja nichts, also könne die Null auch keine Zahl sein.

Schließlich wurde, auch mit Zustimmung der katholischen Kirche, das moderne Zahlensystem in Europa durchgesetzt. Wenn wir heute darüber diskutieren, ob Staaten wie Indien einen legitimen Anspruch haben, von unseren Innovationen zu profitieren, dann können die Inder als uralte Kulturregion auf viele wichtige Beiträge ihrerseits zur Entwicklung des Wissens der Menschheit verweisen, insbesondere können sie mit Recht behaupten, dass es viele, vielleicht die meisten unserer heutigen Innovationen nur gibt, weil wir von ihren damaligen Innovationen in der Mathematik profitiert haben, die vor langer Zeit zu uns kamen. Das ist dann Gerechtigkeit über lange historische Zeiträume oder die Anerkennung, dass der eigentliche Wissensträger in historischer Perspektive das „System Menschheit“ bzw. der „Superorganismus Menschheit“ ist und dass in der langen Geschichte der Menschheit viele zu dem beigetragen haben, was heute die Basis unserer vielfältigen Handlungsoptionen bildet.

7. Die Eroberung der Neuen Welt

Betrachten wir als nächstes die Eroberung von Mittel- und Südamerika wie von Nordeuropa durch die Europäer ab dem 16. Jahrhundert als Beispiel für viele andere Eroberungen in der Neuzeit. Diese Eroberungen werfen massive Gerechtigkeitsfragen auf. Die Eroberung Mexikos durch die Spanier war ein ziemlich grausames Geschehen. Von etwa 25 Millionen Menschen, die zuvor im heutigen Gebiet Mexikos lebten, gab es nach zwei Generationen spanischer Herrschaft vielleicht noch fünf Millionen. Die meisten vorherigen Einwohner wurden nicht durch Krieg umgebracht; die meisten sind an Infektionskrankheiten gestorben. Sie waren nicht resistent gegen viele Krankheiten, die die Europäer eingeschleppt hatten. Das war übrigens nicht anders bei der teilweisen Ausrottung der Inkas oder später der Indianer in Nordamerika. Wenn man so will, war das eine Form biologischer Kriegsführung.

Natürlich war das, zumindest zunächst, in der Regel keine bewusst eingesetzte biologische „Waffe“, vielmehr war es am Ende eben so, dass es viele der anderen nicht mehr gab. Vielfach gelang es den Europäern mit ihren Möglichkeiten auch, die Einheimischen in Kriege gegeneinander zu verwickeln. Das war eine besonders wirkungsvolle Methode, die Widerstandskraft der ursprünglichen Bevölkerung zu brechen.

Dabei hatten die Eroberer für sich eine gute Begründung entwickelt für das, was sie taten, abgeleitet aus ihrer Religion, dem Christentum. Wir waren einfach die besseren Menschen bzw. Vertreter einer überlegenen Kultur, vor allem im Vergleich mit eher „blutrünstigen Bestien“ (in Mexiko) oder kulturell rückständigen Indianern (in Nordamerika). Lange wurde über die Frage gestritten, ob die Indianer überhaupt vollwertige Menschen sind. Die katholische Kirche hat etwa 100 Jahre gebraucht, um diese Frage für Mittel- und Südamerika abschließend zu klären. Sie hat die aus heutiger Sicht einzig richtige Entscheidung getroffen, weshalb sie heute eine globale Religion ist. Als die Entscheidung endlich getroffen wurde, waren allerdings alle eigentumsrechtlichen Fragen bereits zu Lasten der ursprünglichen Bewohner entschieden.

Viele fragen sich heute, warum die Indianer auf der Halbinsel Yucatan die Weißen nicht vernichteten, als diese als kleine Gruppe von Entdeckern ankamen, was angesichts der relativen Kampfstärke leicht möglich gewesen wäre. Zu beachten ist allerdings, dass die Indianer Yukatans sich gar nicht als die Gruppe der Indianer Yukatans sahen, die sich gemeinsam gegen weiße Eindringliche verteidigen sollten. Das war nicht ihr Weltbild – Yucatan oder Mexico als eine Einheit. Vielmehr waren sie vielleicht 15 Völker, die in unterschiedlichen Kulturen lebten, sich gegenseitig bekriegten und zur Verteidigung Bündnisse untereinander schlossen. Die meisten Stämme im heutigen Mexiko wurden von den Azteken unterdrückt und mussten regelmäßig Menschen für Menschenopfer abliefern. Für sie eröffnete der Entdecker und Eroberer Cortés die Chance, sich von den Azteken zu befreien. Natürlich merkten sie später, dass sie statt der Azteken die Spanier als Herren bekamen. Das war auf Dauer vielleicht sogar die schlechtere Alternative, aber für eine Revision der Strategie war es da schon zu spät.

Für die Eroberungen in Mittel- und Südamerika war ansonsten charakteristisch, dass die Eroberer kaum Frauen mitbrachten. Deshalb lebten die alten Völker und teils auch ihre Kulturen weiter, wobei sich aus genetischer Sicht Mischlingsbevölkerungen bildeten, die später zum Teil noch durch die Integration „schwarzer Sklaven“ weiter ausdifferenziert wurden. Diese Historie erklärt z. B. die heute viel gerühmte „Farbenvielfalt“ in Brasilien. Wenn man sich heute an dieser „Farbenvielfalt“ erfreut, erinnert man sich in der Regel weder an die Geschichte noch stellt man die damit verbundenen Gerechtigkeitsfragen, z. B. auch bzgl. Sklaverei und der Verschleppung von Menschen als Sklaven - das ist alles lange her.

8. Siedlerkolonialismus

Sehr verschieden von der Eroberung in Mittel- und Südamerika verlief der Prozess der Landnahme in Nordamerika, der sich aber einige hundert Jahre hinzog und in rechtlicher Sicht bzw. unter Aspekten der Gerechtigkeit anders aussieht als die Eroberungen der Spanier und Portugiesen. Auch hier hätten die Indianer, wenn sie verstanden hätten, was drohte und wenn sie über entsprechende Organisationen verfügt hätten, die ersten Ansiedlungen leicht verhindern können. Ein Scheitern der ersten Siedler lag immer in der Luft – so wie zuvor die versuchte Landnahme durch die Wikinger in Neufundland. Die europäischen Einwanderer haben in diesem Prozess schließlich ganz Nordamerika unter ihre Kontrolle gebracht. Unter der Überschrift „Manifest Destiny“ wurde diese „Eroberung“ zu einem gottgefälligen Programm der Landnahme und Verdrängung der ursprünglichen Bevölkerung durch die Einwanderer umgedeutet. Dabei war es irgendwie auch eine gigantische Form der „Enteignung“.

Der Prozess war zudem vom Typ des sogenannten europäischen Siedlerkolonialismus. Frauen begleiteten die Männer, Durchmischung mit der ursprünglichen Bevölkerung war eher selten, Stück für Stück wurde das Land in den Besitz der „Weißen“ gebracht, zunehmend verschwanden die Indianer und ihre Kultur. Dabei wurde Druck und Gewalt angewandt und später in der Auseinandersetzung mit den Prärieindianern durch Töten von Millionen von Büffeln die materielle Basis dieser Kulturen vernichtet. Immer wurde zugleich versucht, in Form von Verträgen eine Art „Legalität“ des Geschehens zu produzieren und als Fassade

aufrecht zu erhalten. Wenn man verstehen will, wie so etwas passiert, muss man sich heute nur die Politik Israels in Palästina ansehen, wobei es ungeheuerlich – und nur in Verbindung mit der Historie des Holocaust - nachvollziehbar ist, dass so etwas heute noch passieren kann.

Aber zurück nach Nordamerika. Sieht man den Anfang des Prozesses dort aus Sicht eines Häuptlings, der die Halbinsel, die heute Manhattan heißt, an die Holländer verkauft hat (New Amsterdam), dann war das nach europäischem Verständnis ein Rechtsgeschäft über den Austausch von Gütern. Natürlich hätte man damals und können wir heute die Frage stellen, ob der Häuptling das Land überhaupt hätte verkaufen dürfen. Was war eigentlich die Legitimation dieses Häuptlings und wie waren damals die Eigentumsrechte kodifiziert? Assoziation zu modernen Formen von „Land-Grabbing“ stellen sich sofort ein, ebenso Gerechtigkeitsfragen.

Der Prozess des Eigentumswechsels setzte sich dann von Manhattan aus Schritt für Schritt fort, z. B. den Hudson-River hinauf. Es war ein Pfad-abhängiger Prozess. Die Weißen dehnten ihr Siedlungsgebiet aus. Indianerstämme im Grenzbereich verschwanden unter dem Dauerdruck von zwei Seiten bzw. assimilierten sich jeweils als Verbliebene Restgruppe in ihre Nachbarstämme. An der jeweiligen Grenze gab es Geschäfte der Weißen mit den jeweils benachbarten Stämmen, die als Zwischenhändler für eine begrenzte Zeitspanne in einer bevorzugten Position relativ zu anderen Stämmen waren – in Bezug auf den Handel mit den Weißen, die von den Indianern sehr begehrte Güter anbieten konnten, nicht zuletzt Alkohol. Im Gegenzug wurden z. B. Felle geliefert. Zugleich wurden die Nachbarn im Verlauf der Zeit in Kämpfe verwickelt – mit immer neuen Wellen von Siedlern, aber auch mit Nachbarstämmen und dabei auf Dauer irreparabel geschwächt. Die Weißen hatten immer neue indianische Nachbarn. Viele Schritte waren irgendwie durch einen Vertrag kodifiziert. In jedem Vertrag gab es Parteien mit Interessen. Die Beteiligten haben in der Regel unter Druck situationsgetrieben entschieden. Natürlich waren das in der Regel asymmetrische Verträge: der eine war sehr stark, der andere war schwach, aber das interessierte die überlegene Seite nicht. Für die Indianer hieß es: „Vogel friss oder stirb!“, bis zum Schluss nur noch einige völlig unwirtschaftliche Reservate als Rückzugsgebiete übrig blieben.

9. Kolonialismus und Gerechtigkeit

Das Interesse des Siedlerkolonialismus ist die Vereinnahmung des Landes und seiner Ressourcen. Unter der Idee des „Manifest Destiny“ setzte sich die leistungsfähigere Kultur durch. Dies war Gottes Wille. Warum sollten auch „primitive Wilde“ über riesige Landflächen verfügen, auf denen sie von der Bisonjagd leben konnten, wenn mit modernen Technologien 100 Mal mehr Menschen dort ihr Auskommen finden können. Manifest Destiny war ein voller Erfolg. Die USA sind heute der mächtigste Staat der Welt. War das alles umgerechnet oder nicht? Und was bedeutet es für die heutige Welt, wenn sich im Regenwald für die Ureinwohner in Paraguay oder Brasilien die Geschichte wiederholt, diesmal als innerstaatliches Programm gemäß der Gesetze des jeweiligen Landes, vor allem immer dann, wenn in einem Stammesgebiet wertvollen Ressourcen entdeckt wurden.

Eine ähnliche Geschichte wäre in Südafrika zu erzählen. Der lange Krieg der weißen Einwanderer mit den schwarzen Zulus ist eine blutige Geschichte. Die Zulus waren gut organisiert, kriegerisch und zeitweise sehr erfolgreich. Interessant ist, dass sie in ihrem Land ebenfalls Neuankömmlinge waren. Die Zulus waren erst in den letzten zwei Jahrhunderten von der ersten Besiedlung durch Weiße dort eingewandert und unterdrückten die meisten der in der Region ursprünglich beheimateten Stämme. Sie hatten sich dort gewaltsam durchgesetzt und etabliert. Ein über viele Generationen gewachsenes unzweifelhaftes Heimatrecht hatten sie dort nicht, als die Weißen kamen, um nie mehr zu gehen. Nach den Burenkriegen zwischen den von den Niederländern abstammenden Buren und den später dazu gekommenen Engländern und viel später nun nach der friedlichen Mandela-Revolution gibt es in Südafrika bis heute immer noch viel Streit zwischen Zulu, Xhosa, Suthus und anderen Stämmen. Nicht zu vergessen ist in Südafrika auch ein etwa 10 % Anteil von Menschen indischer Herkunft, die innerhalb des britischen Commonwealth ihre Chance auf Austausch oder Auswanderung genutzt hatten. Interessanterweise hat sich auch Mahatma Ghandi, der spätere „Befreier“ Indiens, eine Zeitlang dort aufgehalten.

An allen den genannten historisch bedeutenden Prozessen der Kolonialisierung, die teilweise in ihren Auswirkungen bis heute fortwähren und die z. B. in Australien und Neuseeland heute noch immer hohe Signifikanz für die aktuelle Politik haben, sieht man, dass wir uns schwer tun, in diesem historischen Kontext zu sagen, was gerecht ist. Und wie adressiert man den europäischen Kolonialismus in Afrika, im Nahen Osten, in Indien oder, wie die oben bereits erwähnte, besonders schwierige, aktuelle Situation in Palästina? Es wurde nicht nur kolonialisiert, sondern es wurden zugleich Kulturleistungen von Europa her in diese Länder exportiert, Entwicklung vor Ort vorangetrieben, Neues aufgebaut und schließlich, wie in Indien, die Voraussetzungen für das Entstehen großer Nationen geschaffen. Indien wurde vereint und hat heute mit Englisch eine gemeinsame Verwaltungssprache. Indien ist eine Demokratie und ein Rechtsstaat nach westlichem Vorbild und hat ein politisches System, das in vielem an die westliche Welt erinnert, auch wenn vieles nach wie vor ganz anders ist. Das betrifft z. B. das Kastensystem, das viele Gerechtigkeitsfragen aufwirft. Zugleich wurden gegen Ende der Kolonialperiode durch die konkrete Grenzziehung auch die Wurzeln für neue Konflikte gelegt, die bis heute fortwähren. Des gibt die Vermutung, dass dies teilweise mit Absicht geschah, um so den eigenen Einfluss zu sichern. Die Diskussionen zu den resultierenden Gerechtigkeitsfragen leben bis heute fort, auch wegen den teilweise unerfreulichen Entwicklungen in den in die Freiheit entlassenen Staaten am Ende der kolonialen Phase.

Dass es schwierig ist, sich vor dem Hintergrund des Kolonialismus heute mit den Themen Globalisierung und Gerechtigkeit zu beschäftigen, ist offensichtlich. Es handelt sich um höchst komplexe Verhältnisse. Sie entziehen sich einer einfachen Gerechtigkeitsdebatte, die sich irgendwie natürlich an unseren „steinzeitlichen“ Kleingruppenerfahrungen orientieren könnte.

10. Gleiche Rechte für alle als Teil der weltsozialen Frage

Wenn man heute als eine offensichtlich globale Gerechtigkeitsfrage die weltsoziale Frage aufwirft, dann sind wir im Moment u. a. mit dem Phänomen konfrontiert, dass die indische Bevölkerung nach wie vor „explodiert“. Von etwa 300 Millionen Menschen vor 80 Jahren zu 1,5 Milliarden in 2050. Indien ist Atommacht, höchst erfolgreich im IT Sektor, hat heute eine Mittelklasse von etwa 150 Millionen Menschen und viele Multimillionäre. Gleichzeitig ist es das Land auf der Welt mit den meisten verhungerten Kindern und einer ungewöhnlich hohen Säuglingssterblichkeit.

Jedes Jahr wächst die Bevölkerung in Indien um weitere 10 Millionen Menschen. Bis zum Jahr 2050 wird die Bevölkerung noch um 400 Millionen Menschen gewachsen sein. Der Zuwachs alleine entspricht fast der Größe der europäischen Bevölkerung. Wie sind die Zukunftsaussichten dieser vielen Menschen und wie bewerten wir ihre Erwartungen, zum Beispiel im Verhältnis zu unseren eigenen Schwierigkeiten in der Eurokrise und zur Gerechtigkeitsdiskussion für zurückliegende Regionen innerhalb Europas? Haben alle Menschen in Indien dieselben Rechte, die wir haben? Haben sie dieselben Ansprüche auf Partizipation an natürlichen Ressourcen? Ist es richtig, dass Ressourcen wie Kohle, Gas oder Öl primär und zunächst dem Land gehören, in dessen Boden sie liegen? Sind solche Ressourcen nach den Regeln der WTO im Welthandel an Märkten anzubieten oder dürfen Staaten sie in strategischen „Deals“ gezielt einsetzen? Dürfen „Herrscher“ armer Länder die Ressourcen ihres Landes an die reiche Welt verkaufen und sich an solchen Verkäufen selbst bereichern? Und wie steht es um den Einfluss auf das Klima? Dürfen wir mit unseren Klimagasemissionen die Lage ohnehin schon armer Menschen in anderen Ländern verschlechtern und/oder dürfen arme Menschen ebenso viele Klimagasemissionen erzeugen wie wir? Und gilt das auch für immer noch mehr arme Menschen, die neu dazukommen, (oft als „Fass ohne Boden“ tituliert)?

Man könnte gegen Gleichbehandlungsaussagen vielleicht so argumentieren, dass die heutigen Inder ja wissen, wie kritisch die Lage in Bezug auf das Klima ist, während die heutigen Industriestaaten das früher, als ihre Bevölkerung rasch wuchs und die Klimagasemissionen rasch zunahmten, nicht wussten. In dieser Lage dürften die Inder jetzt gar nicht mehr so viele Kinder in die Welt setzen wie sie das tun, schon gar nicht, wenn sie für Ihre Menschen dasselbe Recht auf hohe CO₂-Emissionen fordern wie es die Reichen dieser Welt für sich in Anspruch nehmen. Wenn sie jetzt trotzdem so viele Kinder in die Welt setzen, dann ist die zukünftige schlechtere Ausstattung dieser immer mehr Menschen mit Ressourcen und Emissionen ein inner-indisches Problem. Dann müssen bitte die Inder das Problem so lösen, dass die indischen Klimagasemissionen trotzdem nicht weiter gegenüber dem Status quo ansteigen. Keineswegs können sie von uns verlangen, dass wir uns daran beteiligen, den Neukömmlingen ähnliche Möglichkeiten zu eröffnen, wie sie für uns selbstverständlich sind.

Natürlich können die Inder sagen, dass primär wir schuld an der Klimaschädigung sind. Wir haben die Nutzung der fossilen Energieträger in die Welt gebracht und damit letztlich das Klimaproblem erzeugt. Außerdem haben wir nach wie vor die mit Abstand höchsten pro Kopf Emissionen. Zudem verdanken wir den Prozessen, die zu den hohen Klimagasemissio-

nen geführt haben, unseren heutigen Reichtum. Dann haben wir die moderne Medizin erfunden und die moderne Hygiene nach Indien gebracht. Hätten wir das nicht erfunden bzw. nicht in die ganze Welt exportiert, dann gäbe es heute gar nicht so viele Inder. Wir sind daher zumindest (mit)schuldig an den Verhältnissen vor Ort. Und das gilt auch für den Export der modernen Medizin und die Beförderung der Globalisierung. Da wir mit schuld sind, müssen wir unseren Teil zur Lösung der Probleme –auch in Indien – beitragen. Und im Übrigen: Wenn wir das nicht tun, werden uns die Folgen ebenso treffen wie die Inder. Deshalb sollte uns schon ein „einsichtsvoller Egoismus“ (insightful selfishness) dazu bringen, uns für die Überwindung der Probleme in Indien und in anderen Staaten einzusetzen.

Wir mögen antworten, dass die, die unserer Medizin ihr Leben verdanken, dafür dankbar sein sollten und ansonsten bitte keine Forderungen erheben sollten, das wäre Undankbarkeit. Muss der, der lebt, dankbar dafür sein, dass er lebt, oder kann der, der lebt, weil wir etwas erfunden haben, anschließend von uns verlangen, dass wir bei ihm zu Lebensbedingungen beitragen, die in etwa die unseren sind. Dann müssten wir uns gut überlegen, wen wir an unserem Wissen partizipieren lassen, weil dann mit prinzipiellen Ermöglichung von Partizipation verbunden wäre, dass wir anschließend gewisse Verpflichtungen übernehmen in Bezug auf die Herbeiführung einer bestimmten Lebensqualität für jeden, der lebt, weil wir dazu beigetragen haben, dass er überhaupt existiert.

11. Welternährung und Gerechtigkeit

Die Betrachtungen werden noch schwieriger bezüglich der Welternährung. Wir haben heute bezüglich der Welternährung die skandalöse Situation, dass etwa 1 Milliarde Menschen regelmäßig Hunger leidet, viele davon übrigens in Indien. Mahatma Gandhi hat einmal gesagt, „Hunger ist der größte Terror“. Eine große Frage ist die, ob sich die Lage in jüngerer Zeit zumindest verbessert hat. Das könnte als ein Beitrag zu mehr Gerechtigkeit gewertet werden. Nun gibt es heute etwa 1 Milliarde Menschen, die mit weniger als einem Dollar pro Tag leben und potenziell Hunger leiden. Das ist etwa ein Siebtel der Menschheit. Im Jahr 1700 gab es auf der ganzen Welt nur etwa 700 Millionen Menschen. Damit ist mathematisch klar, dass damals (in absoluter Betrachtung) weniger Menschen gehungert haben als heute. Denn, wenn es insgesamt nur 700 Millionen gibt, kann nicht eine Milliarde hungern.

Es gibt viele Hinweise dafür, dass damals mindestens 200 Millionen Menschen regelmäßig gehungert haben, teilweise auch in Europa; vielleicht 30 % der damaligen Weltbevölkerung. Jetzt kann man sagen, dass sich die Lage in dem Sinne verbessert hat, dass relativ betrachtet damals viel mehr Menschen als heute gehungert haben, nämlich damals etwa 30 %, heute (nur) 15 %. Das wäre dann ein Fortschritt auf dem Weg hin zu mehr Gerechtigkeit. Wenn man aber die Situation aus der Sicht des einzelnen Menschen sieht, dann muss man sagen, dass jeder Mensch, der Hunger leidet, gleich zählt. Heute leiden viel mehr Menschen als damals Hunger, also hat sich die Lage in dieser Hinsicht (im absoluten Sinne) insgesamt dramatisch verschlechtert, auch wenn sie sich relativ betrachtet verbessert hat. Was heißt das dann bezüglich Gerechtigkeit? Und wie ist das dann mit unserer Schuld?

Gibt es bei uns eine Schuld dafür, dass anderswo so viele Menschen Hunger leiden? Heute produzieren wir weltweit Nahrung für 13 Milliarden Menschen. Wir könnten auf der Welt heute 13 Milliarden Menschen ernähren, allerdings (nur) vegetarisch. Das ist zunächst einmal ein unglaublicher Erfolg der modernen Technik und ein Siegeszug der Innovation. Dies gilt noch mehr, wenn man bedenkt, dass damals auch in Europa etwa die Hälfte der arbeitsfähigen Bevölkerung in der Landwirtschaft arbeitete, heute sind es in reichen Ländern nur noch 2 %. Wir sehen einen Siegeszug unseres Könnens – Sorten, Düngung, Bewirtschaftung, gigantische landwirtschaftliche Maschinen, Logistik, Kühlketten, all das ist der Schlüssel für eine gigantische Steigerung der Lebensmittelproduktion und der Arbeitsproduktivität in diesem Bereich.

Zusammengefasst: es gibt Nahrung für 13 Milliarden Menschen, wir sind nur 7 Milliarden Menschen auf der Erde. Warum verhungert überhaupt jemand, und wer ist schuld daran, dass eine Milliarde hungert, obwohl wir für 13 Milliarden Menschen ausreichend zu essen verfügbar haben?

12. Jean Ziegler und der millionenfache Hunger

Bis vor 5 Jahren war Jean Ziegler UN-Sonderbeauftragter für Ernährung. Das Thema hat ihn umgetrieben, er hat dazu wichtige Bücher geschrieben. Seine Position ist die, dass immer dann, wenn auf diesem Globus ein Kind verhungert, es ermordet wurde, weil wir dafür hätten sorgen können, dass das nicht geschieht. Jean Ziegler artikuliert, dass dafür vielleicht irgendwann einmal jemand vor Gericht stehen wird. Thomas Pogge, Schüler von Rawls, einem der wichtigsten lebenden Gerechtigkeitsphilosophen, sieht das ebenso: Verhungern als Mord.

Es ist in diesem Zusammenhang wichtig zu erläutern, dass Verhungern häufig nichts zu tun hat mit der Verfügbarkeit oder Nichtverfügbarkeit von Nahrung. Dies gilt so auch in historischer Betrachtung. Verhungern hat eher zu tun mit der Verfügbarkeit von Kaufkraft. Auch die ganz großen Hungersnöte in Irland, in deren Folge ein erheblicher Teil der damaligen irischen Bevölkerung in die USA ausgewandert ist, waren von diesem Typ. Diese Hungersnöte waren nicht dadurch charakterisiert, dass der Ernteertrag nicht für alle ausgereicht hätte. Es war genug da, um die ganze irische Bevölkerung zu ernähren. Es gab also selbst zu den Zeiten dieser großen Hungersnöte in Irland genug zu essen für alle. Das Problem war ein anderes, dass nämlich die Erntesituation schlechter war als in anderen Jahren, so dass ein substantieller Teil der Tagelöhner, die sonst als Erntehelfer ihr Auskommen fanden, keine Chance hatte, das nötige Einkommen zu verdienen, mit dem sie, wie in anderen Jahren, die Nahrungsbedürfnisse für sich und ihre Familie hätte befriedigen können.

Da genug Nahrung da war, sind heute Viele der Meinung, die Bauern hätten für alle sorgen müssen - oder die Grundbesitzer oder die Regierung. Aber nach welcher Verteilungslogik, auf Basis welcher Gesetze? Das Problem der Bauern und Landbesitzer war damals, dass sie ihre Pacht oder andere Schulden bzw. Aufwendungen zahlen mussten. Sie konnten also nicht

Teile ihrer Ernte verschenken, sondern mussten dafür Einnahmen erzielen. Also haben sie ihre Ernte teilweise nach England verkauft. In dieser Zeit haben die Bodenbesitzer gut verdient, weil in England viel Bedarf an Nahrungsmitteln aus Irland bestand und eine hohe Kaufkraft in England es ermöglichte, irische „Überschüsse“ aufzukaufen.

War das ungerecht? Die einen verdienen, während ihre Nachbarn verhungern. Aber die Bauern konnten argumentieren, dass sie das ganze Jahr über gearbeitet hatten, und vom erzielten Ertrag ohnehin nur wenig für sie übrig blieb. Sie mussten ihren Pachtverpflichtungen nachkommen, sonst würden sie ihre Existenzgrundlage verlieren. Sie mussten also ihre Ernte bzw. den Verkaufserlös ohnehin größtenteils abgeben bzw. verkaufen. Aber nicht an mittellose Tagelöhner, für die es keine Arbeit gab. An dieser Stelle war vielleicht der irische Staat gefordert. Der irische Staat hätte dafür sorgen können, dass von der in Irland produzierten Nahrung alle Iren genug zu essen bekommen hätten. In der modernen Welt würde man in hoch entwickelten Ländern so vorgehen. Aber damals waren die Zeiten anders. Das war damals keine etablierte Aufgabe des Staates – auch wenn viele tausend Jahre früher die Situation in Ägypten schon ganz anders gewesen war. Zur Zeit der irischen Hungersnöte bestanden die dafür erforderlichen materiellen und rechtlichen Voraussetzungen nicht. Es war die Frühphase des Kapitalismus und sie endete für das Land in der „Katastrophe“ eines gigantischen Exodus der eigenen Bevölkerung.

13. Hunger im Überfluss

Wir stehen heute weltweit vor der Situation, dass wir 13 Milliarden Menschen satt machen könnten. Wir stecken aber die Hälfte dieser Nahrung in die Produktion von Tieren für Milch und Fleischkonsum. Und mittlerweile stecken wir ein weiteres Segment dieser Nahrung in die Produktion von Bio-Energie. Die USA nutzen mittlerweile mehr als ein Drittel ihrer hohen Weizenernte für diesen neuen Zweck. Für zwei Tankfüllungen Biosprit wird so viel Korn verbraucht, wie ein Mensch in Afrika braucht, um ein Jahr zu überleben. Manchmal wird das dann auch noch als wichtiger Beitrag zum Klimaschutz positioniert – wenig überzeugend. Die Wahl ist dann angeblich diejenige zwischen „Hunger“ oder „Klimakatastrophe“.

Insgesamt entsteht eine Konkurrenz, die auf Englisch als „Food – Filet – Fuel“ Konflikt bezeichnet wird, also das Nebeneinander und die je spezifischen Nutzzumfänge von vegetarischer Nahrung, Fleisch und Kraftstoff. Das alles produziert der Agrarsektor, der im Moment einen Boom erlebt. Unter Gerechtigkeitsaspekten wird dann gerne gefragt, ob es wahr sein kann, dass reiche Menschen Steaks essen und Bio-Sprit in ihren Tank füllen während die Ärmsten am Globus verhungern? Dabei ist zu beachten, dass der sogenannte Veredelungsfaktor von vegetarischer Nahrung zu Filetsteak vom Angus-Rind etwa den Wert 12 hat. Man braucht also indirekt 12 Mal soviel pflanzliche Biomasse im Verhältnis zu vegetarischer Ernährung, wenn man die Biomasse zunächst durch Rinder „prozessiert“ und sich dann nur von diesem Fleisch ernährt.

Das Thema Hunger und die Verantwortung für diesen Zustand wird in dieser Lage gerne der Landwirtschaft zugeschrieben. Das erschwert die Diskussionen darüber, wie weiter vorzugehen wäre. Denn es ist aus Sicht des Autors möglicherweise die falsche Betrachtung, den Hunger primär als ein Thema der Organisation der Landwirtschaft zu sehen.

Die reiche Welt kann jedenfalls heute auch wie folgt argumentieren: Würden wir keine Steaks essen, wäre die Folge nur, dass weniger pflanzliche Biomasse produziert würde. Und wenn wir weniger Bio-Ethanol produzieren würden, würde auch nur weniger pflanzliche Biomasse produziert. Denn es gäbe in der armen Welt ja immer noch nicht die Käufer, die die pflanzliche Biomasse kaufen würden, die heute nur deshalb produziert wird, weil wir dafür bezahlen, um Steaks und Bio-Ethanol zu produzieren. Wenn wir das nicht mehr wollen und dafür nicht mehr bezahlen, wird einfach weniger als heute produziert.

Für jemanden, der nicht bezahlen kann, wird also immer noch nichts produziert. Also ist angesichts vieler Produktionsreserven im Bereich der Landwirtschaft das eigentliche Problem die Kaufkraftverteilung und nicht die Frage, wie viel produziert und wofür das Produzierte verwendet wird. Oder noch präziser: Eine adäquate Kaufkraftverteilung führt zu einer anderen Produktionsmenge und zu einer besseren Form der Verteilung der dann produzierten landwirtschaftlichen Güter, und zwar in einer Weise, dass niemand mehr verhungert. Dafür sorgt dann nämlich der Markt.

Man kann also die Frage nach der Verhinderung von Hunger auch ganz anders stellen. Hunger ist dann weniger ein Thema der Landwirtschaft als vielmehr ein Thema der sozialen Balance auf dem Globus. So ähnlich wie damals in Irland ist heute eine weltweite soziale Balance die entscheidende Herausforderung. Unbedingt ist eine ausreichende Kaufkraft für alle zu sichern, z. B. durch so etwas wie ein „Welt-Hartz-IV“. Die Folgen eines solchen weltsozialen Minimums für jeden Menschen wäre die Folge, wenn mehr Gerechtigkeit im Nahrungsmittelsektor in dem Sinne, dass wir alle über den Markt dazu geführt würden, zumindest ein wenig mehr zu Vegetariern zu werden, als das heute der Fall ist und dabei freiwerdende Kaufkraft zu transformieren, damit jeder Mensch weltweit über ausreichend Kaufkraft verfügt, um satt zu werden. Transformation von Kaufkraft erfordert z. B. die Bereitstellung von Arbeitsplätzen und/oder der Etablierung von Welt-Sozialsystemen und hat nur indirekt etwas mit dem Agrarsystem zu tun.

14. John Rawls und der „Schleier des Nichtwissens“

John Rawls ist einer der wichtigsten Denker des 20. Jahrhunderts, die zu einem besseren Verständnis des für den gesellschaftlichen Frieden zentralen Themas der Gerechtigkeit beigetragen haben. Er adressiert Fragen der inter- und intragenerationellen Gerechtigkeit, die beide eng mit dem Nachhaltigkeitsthema verknüpft sind. Sein zentraler Gedanke ist das Verständnis von Gerechtigkeit als Fairness. Rawls macht in diesem Kontext ein Gedankenexperiment: Er schafft eine hypothetische Situation („Schleier der Unwissenheit“), in der Menschen, die ihre künftige Stellung in der Gesellschaft (Geschlecht, Hautfarbe, Nationalität,

Ausbildungsstand, Beruf, finanzielle Situation etc.) noch nicht kennen, gemeinsam die Grundsätze für ihr Zusammenleben definieren. Das passiert gedanklich dadurch, dass erst die Gerechtigkeitsgrundsätze definiert werden und dann über Verlosung festgelegt wird, wer man ist – mit hoher Wahrscheinlichkeit jede andere Person. Insbesondere ist dabei jeder mit hoher Wahrscheinlichkeit damit konfrontiert, eher zu den Verlierern der ökonomischen Prozesse zu gehören als zu den Gewinnern. Ein deutscher Parlamentarier wird sich also eher als Arbeiter in einer indischen Fabrik wiederfinden als in seiner heutigen Rolle. Es ist davon auszugehen, dass die sozial eher bescheidene Zukunft von fast allen Auswirkungen auf die Art von Regelungen haben wird, die von einer weit überwiegenden Mehrzahl der Menschen als gerecht angesehen werden wird. Es werden daher eher keine Regeln zugunsten der Gewinner verabschiedet werden, sondern Regeln zugunsten der Mitte und der sozial Schwächeren.

Der "**Schleier des Nichtwissens**" hat in diesem Sinne zur Folge, dass Einzelinteressen und Einflussnahmen bzw. die persönliche Lebenssituation keine oder nur geringe Auswirkungen auf die Entscheidung der Bürger darüber haben, was sie gerecht finden. So kann - in der Theorie - garantiert werden, dass sich auch tatsächlich die Interessen durchsetzen, die die große Mehrheit der Bürger teilen.

Bei Rawls schreibt insbesondere nicht die Gesellschaft dem Einzelnen vor, wie eine gerechte Ordnung auszusehen habe, sondern die Individuen legen deren Grundsätze aus freien Stücken fest, dies aber unter dem „Schleier des Nichtwissens“. Der ist allerdings lebenspraktisch nicht gegeben, warum die Überlegungen eher Theorie bleiben. Ein einfaches Beispiel macht die Problematik klar: Wenn heute in der Politik Macht und Einfluss genutzt werden, um Vermögen von Besteuerung zu schützen, dann mag es durchaus so sein, dass der Besitzer eines Milliardenvermögens zugibt, dass er unter dem Rawlschen Schleier für eine hohe steuerliche Belastung solcher Vermögen stimmen würde: Mit 99,9 %-iger Wahrscheinlichkeit würde er nach dem Ziehen der Lose Normalbürger sein und nicht Multimillionär. Unter den Bedingungen wie sie sind, ist er aber Multimillionär und in dieser Lage und mit dem Wissen, dass es so ist, kämpft er dafür, die erhöhte Besteuerung zu vermeiden.

15. Ein neues Bewusstsein für eine globale soziale Perspektive

Wo soll jetzt eine globale Gerechtigkeitsdiskussion ansetzen? Das Ökosoziale Forum Europa, der Club of Rome sowie der Soziologe Beck aus München positionieren das Thema so, dass ein zentrales Problem der Weltgemeinschaft heute darin liegt, dass trotz Globalisierung der Wirtschaft die Globalisierung der Politik und insbesondere der sozialen Frage nicht erfolgt ist. Das Soziale ist immer noch im Kern ein nationales Thema. Das ist aus der Historie heraus zu verstehen. Es begann als ein internationales Thema der Organisation der Arbeiterklasse gegen die extreme Ausbeutung in der frühkapitalistischen Welt. Im Ringen um dieses Thema und seiner „Sozial-Demokratisierung“ ging der internationale Charakter verloren. Dieser wurde auch durch die Fehlentwicklung des „realen Kommunismus“ und seine Unterlegenheit gegenüber dem „freien Westen“ desavouiert. Die Historie der sozialen Frage war ab einem bestimmten Punkt deshalb ein nationales Thema und wird von den meisten Menschen nach wie vor so wahrgenommen. Wir haben bisher über die Globalisierung der sozialen Frage viel zu wenig nachgedacht und stehen deshalb hilflos vor Problemen, die wir mehrheitlich als unerträglich empfinden.

Das führt zunächst zu einer Verortung der sozialen Frage in der jüngeren Geschichte auf der Ebene der Nationalstaaten, und zwar der erfolgreichen Nationalstaaten vor allem in Europa, wie z. B. Deutschland. Es gibt dazu die oben schon angedeutete Historie, nämlich die Überwindung der im Rückblick als besonders ungerecht wahrgenommene, feudale Struktur der damaligen Welt und der Exzesse des frühen Kapitalismus.

Warum konnten wir in Europa überhaupt den Feudalismus überwinden? Waren es die Feudalherren, die irgendwann aus Einsicht wollten, dass ihre Staaten sich in Demokratien verwandeln mit allgemeiner Schulausbildung und dem Recht auf freie Berufswahl oder gab es einen anderen Grund für diese Entwicklungen, die die meisten Menschen als großen Fortschritt werten. Und warum wurden auf diesem Wege irgendwann auch die schlimmsten Exzesse eines brutalen Kapitalismus in der heute reichen Welt überwunden – auch wenn es sie in ärmeren Teilen der Welt nach wie vor gibt. Man denke nur an die jüngsten Katastrophen entlang der textilen Kette bei Unternehmen in Bangladesh und Pakistan oder die an Sklavenshaltung erinnernden Bedingungen für Gastarbeiter in manchen Golfstaaten.

Wer sich länger mit diesen Fragen beschäftigt, stößt darauf, dass in der Folge der erfolgreichen amerikanischen Revolution in einigen der englischen Kolonien in Nordamerika und der damit inhaltlich verknüpften französischen Revolution, die Franzosen in ihrer Revolution entdeckt haben, welche ungeheure Kraft man als Staat entfalten kann, wenn man das Volk „befreit“ und in seinen Potentialen entfaltet. Also nicht mehr Krieg mit Armeen von Söldnern, sondern allgemeine Wehrpflicht. Natürlich ist der Preis dafür, dass man den Feudalismus, zumindest in seinen krassen Formen und als rechtliches Konstrukt, aufgeben muss. Wer den Feudalismus will, bekommt ein Zweiklassen-Befehlssystem. Dieses bringt nur begrenzte produktive Kräfte hervor. Das ist jedem Unternehmer vertraut. Wenn man nur passive Befehlsempfänger als Mitarbeiter hat, kann kein erfolgreiches „Business“ unter modernen Konkurrenzbedingungen betrieben werden. Gebraucht werden vielmehr gute Mitarbeiter, die verstehen, worum es geht, die initiativ sind, die Ideen haben und selber „losmarschieren“.

So haben das die Franzosen gemacht. Napoleon hat damit schließlich Europa erobert – wenn auch nur für kurze Zeit. Das war der Moment, in dem in Preußen Reformen angestoßen wurden, in deren Folge wir uns letztlich dahin bewegt haben, wo wir heute sind. Da ging es in Breite los mit mehr Selbstbestimmung, mit allgemeiner Schulbildung, mit der Förderung des Mittelstandes, mit der Etablierung von Universitäten und Hochschulen.

Es war die Entfaltung der Kraft der Völker in der Konkurrenz der vielen etwa gleich starken Staaten in Europa in wechselnden Bündnissen und in wechselnden Kriegen, die Europa ganz nach vorne gebracht hat. Die nationalstaatliche Konkurrenz um die Dominanz in Europa inklusive dem Streit um die Kolonien hat in einer bestimmten historischen Situation das hervorgebracht, was wir heute als soziale Demokratien und als das „Betriebssystem“ der modernen Welt bezeichnen. Ein Konservativer wie Bismarck hat irgendwann begriffen, dass er die möglichen Kriege in der Zukunft allenfalls dann wird bestehen können, wenn er die eige-

ne Arbeiterschaft an den deutschen Staat bindet. Dazu musste er der Arbeiterschaft etwas bieten, damit sie diesen Staat als ihre Heimat begreift. Das hat in Deutschland zu den großen sozialstaatlichen Reformen geführt, die wir heute als die bismarckschen Sozialreformen bezeichnen. Als Folge davon haben wir ein spezielles Sozialsystem.

Die anderen europäischen Staaten hatten ähnliche Entwicklungen und haben damit ähnliche Sozialsysteme. Alle sind in den Wirkungen vergleichbar, aber in Historie und in den technischen Details jeweils sehr spezifisch, sehr verschieden, bis heute – insbesondere auch innerhalb der Staaten in der EU. Die einen regeln die Finanzierung der Sozialleistungen über die Steuer, die anderen sparen privat an, wieder andere haben ein Partnermodell, bei dem die Arbeitnehmer sich die Kosten mit den Arbeitgebern teilen. Und alle diese Formen gibt es auch gemischt. Das sind ganz unterschiedliche Modelle, die nicht einfach integriert werden können. Dies ist einer der praktischen Gründe, warum es schwer fällt, eine Europäisierung der Sozialstaatlichkeit in der EU zu betreiben. Ein europäischer Sozialstaat wäre ein interessantes Programm für die Bürger mit großer Signalwirkung, für das sich Beck schon lange einsetzt. Es wäre ein Programm, um die Bürger Europas auch emotional sehr viel enger an Europa zu binden. Aber wir haben große Probleme, ein solches System zu entwickeln, weil schon die Gerechtigkeitsfragen innerhalb der verschiedenen nationalen Sozialsysteme innerhalb Europas viele schwierige Fragen aufwerfen, erst recht das Thema einer Integration aller dieser Systeme zu einem EU-Gesamtsystem. Die Problematik erscheint insgesamt als so wenig beherrschbar, dass wir es in Europa lieber erst gar nicht versuchen.

Noch komplizierter wird das Anliegen natürlich dann, wenn irgendwann die Debatte darüber geführt werden muss, ob wir ein solches System in Reaktion auf die ökonomische Globalisierung weltweit brauchen. Wie soll das gehen, wo doch in vielen Staaten der Welt bereits die innerstaatliche Basis für ein solches System fehlt.

16. Das Klima als globales Gerechtigkeitsthema

An dieser Stelle wechsele ich von der sozialen Frage zum Thema Klima. Das Klima wird in der öffentlichen Diskussion zunächst der Umweltseite zugeordnet, hat aber massive soziale und wirtschaftliche Konsequenzen. Es ist also ganz eng mit der Frage der Nachhaltigkeit verknüpft. Die jetzt ablaufenden Entwicklungen sind höchst gefährlich für die Zukunft der Menschheit. Der neueste IPCC-Bericht von Ende 2013 bestätigt das ausdrücklich. Das Problem ist schwierig. Die Atmosphäre ist heute ein Weltgemeingut. Jeder kann sie frei als „Deponie“ für Klimagase nutzen, auch die heute arme Welt. Zunehmender Wohlstand im Kontext der Globalisierung heißt bei heutigem Stand der Technik mehr Klimagasemissionen – ein Teufelskreis im Kontext einer „tragedy of the commons“, eine Frage von Arm und Reich, u. U. von Krieg und Frieden.

Bei diesem Thema ist es zunächst so, dass die reiche Welt wegen ihres hohen Wohlstands sehr hohe CO₂-Emissionen aufweist. Jetzt fangen die Inder und vor allem die Chinesen mit ihrer großen Bevölkerungszahl und ihren hohen Wachstumsraten an, unseren Weg nachzuholen. Das wirft viele Gerechtigkeitsfragen auf. Hinzu kommen Effekte grenzüberschreiten-

der Prozesse der internationalen Arbeitsteilung. Wir reduzieren z. B. heute in Deutschland unsere früheren CO₂ Emissionen rechnerisch dadurch, dass wir immer mehr Produktion nach China verlagern.

Jetzt produziert China für die ganze Welt und erzeugt dabei CO₂-Emissionen, die wir nicht mehr erzeugen, weil die Chinesen für uns produzieren. Tragen jetzt die Chinesen die Schuld an diesen Emissionen oder trägt derjenige die Verantwortung für diese Emissionen, für den produziert wird? Dann ist es auch so, dass die chinesischen Emissionen pro Kopf immer noch bei (nur) der Hälfte der deutschen und einem Viertel der US Emissionen liegen. Nun argumentieren manche, das Problem sei die große Bevölkerungszahl in China oder das dramatische weitere Wachstum der Bevölkerungsgröße in Indien. Sind das unter Gerechtigkeitsaspekten Probleme dieser Länder, die sie irgendwie selber innerhalb eines begrenzten innerstaatlichen CO₂-Gesamtbudgets je für sich lösen müssen oder sind das Probleme der Weltgemeinschaft? Und was ist davon zu halten, wenn die Deutschen, auch zum Schutz des Klimas, eine Energiewende einleiten und dabei zur Stabilisierung des Netzes (wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint), den Ausbau von Kohlekraftwerken betreiben und damit ihre CO₂ Emissionen erhöhen. Und wieso argumentiert jemand, dem es um Klimaschutz geht, gegen Atomkraftwerke und damit gegen die niedrigen pro Kopf Emissionen in Frankreich und zugleich gegen das „Fracking“ der Amerikaner, das zu einer massiven Absenkung der CO₂ Emissionen in den USA führt, während er selber seine Emissionen erhöht. Mehr Emissionen bei uns, weniger in den USA und dann der „moralische Zeigefinger“ Deutschlands. Das ist international nicht zu vermitteln.

Ein weiteres interessantes Thema ist in diesem Kontext die sogenannte Ökoeffizienz, also der Umfang an CO₂-Emissionen pro Wertschöpfungseinheit. Reiche Länder haben meistens bessere, ökoeffizientere Installationen und Systeme als ärmere Volkswirtschaften, sie sind viel „sauberer“ pro Wertschöpfungseinheit. Jetzt werfen manche den Chinesen vor, nicht so ökoeffizient wie Deutschland zu wirtschaften. Dann argumentieren die Chinesen, dass ihre Wettbewerbsfähigkeit, die in relativ betrachtet niedrigeren Preisen besteht, auch mit der geringeren Ökoeffizienz ihres Entwicklungsstandes zusammenhängen. Weil die Industriestaaten im Markt immer dahin gehen, wo es billig ist, kaufen wir in China ein – was unsere Entscheidung ist. Dabei wird indirekt mehr CO₂ erzeugt, als wenn wir dasselbe bei uns produzieren würden, das Gegenteil von dem, was wir angeblich wollen. Dann erklären wir, die anderen seien schuld, während wir ökonomisch von dem profitieren, was wir angeblich ablehnen, aber über den Markt durchsetzen. Das ist übrigens bezüglich der sklavenartigen Kinderarbeit in vielen Teilen der Welt nicht anders.

Die Chinesen bieten dann gerne an, dass man für alle diese schwierigen Fragen doch eine (welt-) demokratische Lösung suchen sollte. Für Demokratie tritt der Westen doch gerne ein und hält sich für ein Vorbild. Wenn uns aber die Chinesen eine faire globale Abstimmung bei der Aufteilung von Klimagasemissionen anbieten, dann ist sofort Schluss mit dem Eintreten für die Demokratie. Keiner im Norden will dann mehr über Demokratie diskutieren. Wir akzeptieren nur eine globale Ordnung, die gut für uns ist – der historisch gewachsene Status quo. Sei es im UN Sicherheitsrat, bei der Welthandelsorganisation (WTO) oder im Finanzsektor: überall hat der Norden, in der Regel schon die USA allein, ein Veto-Recht, obwohl die „reiche Welt,, über gerade einmal 20 % der Menschen verfügt. Der Status quo der Regeln

kann gegen uns nicht verändert werden, obwohl die "reiche Welt" nur etwa ein Fünftel der Weltbevölkerung ausmacht. So viel zu unserer demokratischen Grundhaltung, wenn es um die globale Perspektive geht.

17. Materielle Rückschritte sind schwierig – Einsichten aus der Gehirnforschung

Man kann an dieser Stelle wieder fragen, ob eine Weltdemokratie gerecht wäre oder doch eher der Status Quo. Es gibt durchaus Argumente, warum der Status quo als gerecht gesehen werden kann, obwohl er demokratischen Prinzipien widerspricht. Das erste Argument ist, dass sich die reiche Welt an den Wohlstand gewöhnt hat und deshalb nicht einfach zurückgehen kann – materieller Rückschritt ist schwierig.

Dieses Argument nehme ich sehr ernst. Wie oben beschrieben, ist unser Gehirn stark durch eine Basis vom neuronalen Netztyp geprägt. Ein neuronales Netz funktioniert anders als die Programmierung eines digitalen Rechners. Man kann also nicht einfach Programme ausschalten und neue einlegen. Ein neuronales Netz ist Hardware-nah kodiert, also seiner Natur nach körperlich und mit Lust, Schmerz und Abwehrreflexen verbunden. Alles, was wir fühlen und denken, materialisiert sich in der Durchlässigkeit von Neuronen für elektrische Signale und diese wiederum sind auf der chemischen Seite durch die Durchlässigkeit von Ionen-Kanälen bestimmt. Das ist der Grund, warum ein Mensch nicht einfach anders sein kann als er ist und nicht einfach etwas anderes tun kann als das, was er tut. Wir können nicht einfach eine neue Software einlegen.

Es gibt viele, die wollen keinen Alkohol mehr trinken. Es gibt andere, die wollen endlich Sport treiben. Es gibt andere, die wollen abnehmen. Es gibt andere, die wollen nicht mehr rauchen. Aber das ist gar nicht so einfach. Wollen ist das eine – Tun etwas ganz anderes. Veränderung ist nicht unmöglich, aber oft schwierig. Es hängt an der Persönlichkeit und der Umgebung. Es gibt viele Raucher, die dankbar sind, dass der Staat sie mittlerweile zwingt, in Gaststätten nicht mehr zu rauchen. Viele rauchen dadurch endlich weniger als sie sonst rauchen würden und sind dankbar, dass Druck auf sie ausgeübt wird. Eigentlich ist das, was sie jetzt tun das, was sie ohnehin tun wollten und jederzeit hätten tun können. Aber nur dadurch, dass die Gesellschaft Druck ausübt, tun sie das, was sie eigentlich tun wollen. Das sagt viel über die menschliche „Freiheit“.

Betrachten Sie in diesem Kontext folgendes Beispiel, die 50 Kilo „Prada“-Frau. Sie steht am Buffet eines 5-Sterne-Hotels. Sie betrachtet intensiv alle diese verführerischen Speisen. Sie kann sich alles leisten, sie hat alles schon bezahlt, aber sie darf es nicht essen. Für den (heimlichen) Zuschauer ist es faszinierend, ihr Kreisen um das Buffet zu beobachten, das angestregte Nachdenken, die zuckende Hand, die fast schon zugreift, dann aber wieder zurückgezogen wird. Es kostet Mühe zu entscheiden, was auf den Teller darf. Viel ist es nicht. Aber selbst das heißt nicht, dass dann gegessen wird, was auf dem Teller ist. Möglicherweise bleibt es auf dem Teller, möglicherweise wird am Schluss auch etwas ganz anderes gegessen.

Der entscheidende Punkt, auf den ich hinaus will, ist der folgende. Der ganze Körper ringt unter Einsatz des Gehirns voll umfänglich um die Beherrschung der Thematik Essen. Man könnte auch sagen, dass diese banale Thematik uns beherrscht. Wenn man das verstanden hat, nimmt man das Thema von Widerständen gegen Verhaltensänderungen ernst. Das ist ein schwieriges Thema. Dann akzeptiert man, dass jemand, der sich an etwas gewöhnt hat, es sich nicht so einfach abgewöhnen kann. Unter Gerechtigkeitsaspekten ist es etwas ganz anderes, sich etwas abgewöhnen zu müssen, als es sich erst gar nicht anzugewöhnen bzw. angewöhnen zu dürfen. Das gilt auch für ein Leben in Wohlstand.

Dies ist natürlich keine gute Argumentation für die andere Seite. Chinesen und Indern zu erklären, sie sollten arm bleiben, damit wir alle miteinander keine Klimaprobleme haben, ist ein wenig überzeugendes Programm. Dies umso mehr, als wir es in China und Indien mit sehr alten Kultursystemen zu tun haben, die dem Westen historisch zeitweise weit voraus waren. Dennoch macht es Sinn darauf zu verweisen, für eine gedeihliche Zukunft nach Wegen zu suchen, bei denen Wohlstandszuwachs in China und Indien nicht mit Wohlstandsverlust in der reichen Welt sachlogisch verknüpft wird. Letzteres würde enormen Widerstand erzeugen und vielleicht nicht durchsetzbar sein. Gerechtigkeit hat insofern viel mit Klugheit zu tun. Lösungen müssen nicht nur mathematisch aufgehen, sie müssen auch emotional und politisch „verkraftbar“ sein.

18. Historische Leistungen sind anzuerkennen

Dies führt über zu einer zweiten Argumentationslinie: Wir haben in der heute reichen Welt Automobile, Penicillin, Flugzeuge und vieles andere mehr erfunden. Dafür kann die ganze Welt uns dankbar sein, denn alle Menschen wollen dies haben. Das gilt absehbar auch für zukünftige Generationen und ist ein wichtiges Puzzle im Kontext des Themas der Generationengerechtigkeit. Das Argument der gigantischen, durch die bisher führenden Nationen über viele Generationen hervorgebrachten Innovationen ist besonders wichtig. Die verantwortlichen Akteure haben für ihre rückblickend hohen (zu hohen) historischen CO₂-Emissionen - deren Problematik allen Beteiligten zunächst nicht bewusst war - und für viele andere „Sünden“ die man uns vorwerfen kann, Wertvolles hervorgebracht. Die reiche Welt ist nicht nur ein Problem, wir haben auch geliefert. Deshalb ist es vielleicht auch gerecht, dass heute der größere Wohlstand bei uns liegt, zumindest noch für einige Zeit. Das gilt auch dann, wenn man anerkennt, dass Innovationen aus anderen Teilen der Welt, z. B. vor 1000 Jahren der oben erwähnte extrem wichtige Input der mathematischen Grundstruktur des modernen Rechnens aus der indisch-arabischen Welt eine extrem wichtige Bereicherung von außen war, ohne die wir im Westen nicht erreicht hätten, was wir zwischenzeitlich erreicht haben.

19. Gerechtigkeit und Globalisierung – eine pragmatische Sicht

Was kann also zu Gerechtigkeit in der Globalisierung gesagt werden? Mir scheint, es gibt keine logisch zwingende Struktur, die uns in all den beschriebenen Bereichen der Globalisierung zeigen würde, was nun unter Gerechtigkeitsaspekten geboten ist und was nicht. Ich sehe keine Struktur und habe eine solche auch bei keinem Autor gefunden. Das Thema ist von extremer Komplexität. Man kann unterschiedlichste Meinungen dazu haben. Das heißt, man kann sich dem Thema nicht mit einem absoluten Anspruch nähern, man geht das Thema besser in pragmatischer Weise an. Eine pragmatische Sicht wird nicht primär auf Gerechtigkeit im absoluten Sinne beharren, sondern eher die Frage stellen, was denn lebenspraktisch Sinn macht und möglich ist und außerdem fragen, worauf sich große Anzahlen von Menschen friedlich verständigen können. Verständigungsfähigkeit wird dann zu einer wichtigen Dimension des Gerechtigkeitsdiskurses. Damit haben wir auch historische Erfahrungen. Sie zeigen einen Weg von kleinen Gruppen zu immer größeren Strukturen. Wir haben uns dann innerhalb dieser immer größeren Strukturen darauf geeinigt, was wir als gerecht oder als nicht gerecht ansehen bzw. akzeptieren, bzw. in welchem Umfang wir gesellschaftlich aktiv werden, eine bestimmte Form von (Mindest-) Gerechtigkeit durchzusetzen.

Für uns in Deutschland war ein wichtiger Schritt in dieser zunehmenden Verständigung und der damit verbundenen Formalisierung des Rechts auf gewisse Ansprüche, dass wir irgendwann den deutschen Zollverein entwickelt haben, und anschließend das Deutsche Reich etabliert haben - übrigens in der Folge von drei Kriegen, wobei jeder für sich ganz eigene Gerechtigkeitsfragen aufwarf. Und jetzt sind wir auf der EU-Ebene aktiv und bauen dort die mittlerweile gewachsenen Strukturen aus. Indem wir das tun, arbeiten wir möglicherweise auch an einer „Blaupause“ für die Zukunft der ganzen Welt. Wir haben dabei in einem langen Prozess den Kontext ständig erweitert, in dem wir miteinander versuchen, uns darauf zu verständigen, was wir gerecht finden und was nicht, bzw. wie viel an Gerechtigkeit wir umsetzen wollen und können und wie wir Grenzen setzen, die aus praktischen Gegebenheiten und wechselnden Interessen resultieren. Man kann dann anschließend die Frage stellen, warum wir überhaupt in diese großen Strukturen gewechselt sind und warum wir in diesen jeweils die soziale Frage adressiert haben und adressieren.

20. Warum wachsen wir in immer größere politische Strukturen hinein?

Der tiefere Grund, dass dominante Prinzip für den Übergang in immer größere Strukturen ist, dass wir durch Arbeitsteilung und Kooperation unsere materielle Situation insgesamt immer weiter verbessern können. Der Gesamtkuchen wächst überproportional. Das haben wir miteinander im Laufe der Zeit verstanden. Letztlich profitieren fast alle von Kooperation. Beim heutigen Stand der Kriegstechnik können wir in Tagen zerstören, was wir in 100 Jahren aufgebaut haben. Das macht aus Wohlstandssicht wenig Sinn, wenn es nicht um Grundsatzfragen geht. Noch präziser: Kooperation ist viel Wirtschaftsfördernder als Konflikt. Das schließt Konkurrenz nicht aus. Konkurrenz ist eine geordnete Form von Konflikt, wie beim Sport, und fördert letztlich die Leistungsfähigkeit und auch die Kooperation. Kooperation

und Arbeitsteilung, auch weltweite Arbeitsteilung, sind entscheidende Faktoren für immer mehr Wohlstand.

Worum es im Letzten geht, versteht man gut, wenn man sich einen Film aus jüngerer Zeit ansieht. Ich meine den Film „Das Dschungelkind“. Dort sitzt ein Anthropologe mit seinen 3 Kindern und seiner Frau zwischen zwei Steinzeitstämmen in Neuguinea und schaut sich die Lebensweise dort vor Ort an. In dieser Situation reist der Anthropologe mit Familie als moderner Mensch mit dem Flugzeug an und kommt an Bord eines Motorboots an den Ort des Geschehens. Er wird als fremdes Wesen aus einer anderen Welt am neutralen Beobachtungsort akzeptiert und studiert zwei Steinzeitstämme, die je etwa 100 Menschen umfassen. Darunter sind jeweils vielleicht 30 kampffähige Männer die auf einem relativ niedrigen Niveau der Technik, auch der Waffentechnik, operieren.

Was ist das zentrale strukturierende kulturelle High Light dieser Kultur. Was ist das, womit sich die Menschen neben den Alltagsdingen beschäftigten. Es ist ein aus unserer Sicht völlig absurder Krieg, der etwa alle 2 Jahre zwischen den beiden benachbarten Stämmen stattfindet. In unserer Sprache ist das kein richtiger Krieg. Es ist eher eine Auseinandersetzung vom Typ „Comment-Kampf“, in der es um Mut und Standfähigkeit geht. Es gibt etwa 30 erwachsene Männer auf beiden Seiten. Die machen sehr viel Lärm. Die stehen sich gegenüber und es kommt auch zu kurzen feindlichen Interaktionen, aber nicht so, dass viele Männer getötet würden. Eher so, dass es einige Verletzungen gibt. Mehrere Tote alle 2 Jahre, das könnten die Stämme schon anzahlmäßig gar nicht verkraften. Es geht um Männlichkeit, um Mut, in einem gesellschaftlichen Ritual, auf Basis einer steinzeitlichen Technik.

Aus heutiger Sicht ist das offenbar kein besonderes wertschöpfendes Programm. Schon gar nicht, wenn es das Ziel ist, Flugzeuge zu entwickeln, Schiffe mit Motoren zu haben, Brillen für Menschen, die nicht gut sehen können, Penicillin für Menschen, die krank sind und das Internet für globale Kommunikation. In diesen Kulturen ist das „Betriebssystem“ nicht auf Wohlstand hin optimiert. Kooperation außerhalb der eigenen Gruppe ist nicht etabliert. Dass technische Innovationen die Situation verbessern können, dass man über persönliche Freiheit Innovationen fördern kann, das alles ist jenseits des Horizonts dieser steinzeitlichen Systeme.

Nur weil wir irgendwann dieses sehr enge Programm überwunden haben, hat die Menschheit die Welt erobert, sind wir heute die dominante Spezies auf diesem Globus. Was man hieran auch erkennt ist, dass die Historie der Menschheit von der kleinen zur größeren Struktur führt. Dass die Befriedigung innerhalb der immer größeren Strukturen stattfinden muss, wenn Fortschritt realisiert werden soll. Der Konflikt zwischen den Einheiten, die Dynamik des Ökonomischen, auch die Dynamik der Innovation entwickelt sich aus kleinteiligen Verhältnissen in immer größere Strukturen. Je weiter die Technik entwickelt ist umso mehr ermöglicht sie die Kooperation über größere Distanz. Wer sich darauf einlässt, kann die daraus resultierenden Vorteile für sich nutzbar machen und sich damit gegen andere durchsetzen. So ist das im historischen Prozess verlaufen. Austauschprozesse, Arbeitsteilung, Kooperation über immer größere Distanz, waren das Resultat.

In der Folge mussten rechtliche und soziale Fragen, auch Umweltfragen, und vielfältige Regelungen und Standards über diese immer größeren Distanzen hinweg gelöst bzw. vereinbart werden. Die Finanzsysteme und die Handelssysteme mussten den Austausch über diese Dis-

tanzen ermöglichen, inklusive der durch sie induzierten sozialen Folgeprozesse und Umweltbelastungen vor Ort. Über immer größere Räume mussten gemeinsame Rechtsauffassungen und eine gemeinsame Sicht des Sozialen etabliert werden. Wir konnten hier in Europa auf den Erfahrungen mit dem römischen Reich aufbauen. Viele der Fragen, die uns heute beschäftigen, waren auch damals schon ein Thema. Und die Größe des Raums, der überwunden wurde, war damals schon etwa das Gebiet der heutigen Europäischen Union, allerdings mit viel geringeren Austauschraten, weil Informationen und physische Bewegung unendlich viel langsamer „wanderten“, als das heute der Fall ist. Gewisse Elemente der Infrastruktur wurden dennoch damals schon geschaffen, manche haben bis heute weitergelebt. Das gilt insbesondere auch für Elemente der Governance, z. B. die Grundlagen unserer Rechtssysteme (ausgehend vom römischen Recht), sowie die Grundlagen unserer sozialen Verhältnisse.

21. Die Finanzkrise, Europa und Global Governance

In Europa stehen wir heute vor einem weiteren Schritt, nämlich den weiteren Ausbau Europas in Richtung Fiskalunion, dies auch als Folge der Erfahrungen mit der jüngsten Finanzkrise. Weltweit stehen wir in Reaktionen auf die Finanzkrise ebenfalls vor der Herausforderung, eine bessere Global Governance zu etablieren. Das wichtige neue institutionelle Element ist die G20 als Ablösung der G8. Hier trifft sich nicht mehr nur der Kreis der reichen Länder. Hier treffen sich 20 Staaten, die etwa 2/3 der Menschen dieser Welt und über 90 Prozent der Weltwirtschaftsleistung bei sich konzentrieren. Das ist eine interessante Annäherung an weltdemokratische Gegebenheiten.

22. Das Trilemma der Globalisierung

Man kann die Entstehung der G20 verstehen als Folge eines Phänomens, das man in der Wissenschaft das Trilemma der Globalisierung nennt. Dieses Trilemma besagt im Wesentlichen, dass von 3 Dingen, die vielfach gewünscht sind, höchstens 2 zu haben sind. Das eine ist die Globalisierung, das 2. ist die nationale Souveränität und das 3. ist eine funktionierende Demokratie. Die Tatsache, dass wir heute eine Globalisierung unter Bedingungen nationaler Souveränität betreiben hat zur Folge, dass wir die Demokratie aushöhlen. Man nennt das auch die „Entleerung“ der Demokratie. Das ist ein schleichender Prozess und er wird gerne geleugnet, weil es für die Politik nicht angenehm ist zuzugeben, dass es so ist, weil es also für die politische Klasse eine Niederlage ist, zugeben zu müssen, dass die Demokratie „entleert“ wird.

Was passiert ist folgendes: Immer mehr wichtige Themen, auch soziale Themen, auch Gerechtigkeitsfragen, die bisher im Rahmen der nationalen Demokratie behandelt wurden, können dort nicht mehr gelöst werden. Und zwar deshalb, weil der ökonomische Prozess, über den wir Lösungen materiell verwirklichen würden, heute wesentlich außerhalb des eigenen Landes stattfindet. Und weil sich auch viele nationale Akteure bei Bedarf in andere Teile der Welt begeben können und so jede Regelung aushebeln können, die wir im nationalen Alleingang versuchen würden. Und weil wir das wissen, versuchen wir es erst gar nicht, d. h. das Regelungspotential auf nationaler Ebene ist begrenzt. Das wird auch deutlich im Fall von Verschuldungen. Ist ein Staat wie Japan bei seinen eigenen Bürgern verschuldet, dann kann er das Verschuldungsproblem vielleicht noch weitgehend im Rahmen seiner Demokra-

tie lösen, solange die Bürger das Geld im Land halten. Aber auch nur insofern, dass die japanischen Bürger wollen, dass es ihrem Land gut geht und sich der Lösung der dortigen Probleme nicht entziehen, etwa durch Ausweichen in andere Staaten –persönlich oder zumindest, was ihr Geld anbelangt.

Ist man wie Griechenland gegenüber anderen Ländern verschuldet, muss man mit diesen Ländern gemeinsame Lösungen finden – das schließt die Default-Möglichkeit der Insolvenz mit vielen unangenehmen Effekten für alle beteiligten Seiten (z. B. Geldgeber und andere Staaten) mit ein. In solchen Lösungsprozessen können einem Land von außen Konditionen diktiert werden. Will man die Insolvenz des Staates vermeiden, und kann das aus eigener Kraft nicht, muss man von außen gesetzte Bedingungen akzeptieren und erfüllen. Hier wirkt die ökonomische Globalisierung unter Bedingungen der nationalen Souveränität massiv gegen die Fähigkeit der Demokratie, die Dinge ad hoc nach Meinung der großen Mehrheit zu regeln. Wobei diese Fähigkeit ohnehin begrenzt ist - erneut sei an den „Satz vom Diktator“ erinnert.

23. Amerika – auf dem Weg in eine Plutokratie?

Der frühere US-Vizepräsident Al Gore, der amerikanische Ökonomenobelpreisträger Josef Stiglitz und George Soros, einer der ganz Großen im Finanzsektor, sprechen für die US-Demokratie schon lange vom Zustand einer Plutokratie. Nicht anders als Noam Chomsky dies seit 20 Jahren tut. Die Art der Ausgestaltung der US-Demokratie ist so, dass das große Geld und die Politik miteinander „verheiratet“ sind und in der Folge der Wille weniger über ganz viel Geld als Vehikel zur Politik wird. Das ist nebenbei bemerkt einer der Gründe, warum wir überhaupt die Weltfinanzkrise hatten. Und nach wie vor ist es der Finanzbereich, der sehr viel Einfluss auf die Welt ausübt. Wenn das schon in einem einzelnen Land, dem mächtigsten Land der Welt, so ist, was soll man dann für die einzelnen Staaten Europas erwarten, insbesondere dann, wenn die Europäer untereinander zerstritten sind.

Für mich war ein Höhepunkt der Debatte über die Lösung der Eurokrise und die Situation in Griechenland der Augenblick, in dem der griechische Premier auf den Gedanken kam, seine Bevölkerung über die ausgehandelten Lösungen abstimmen zu lassen. Ganz Europa kam in Panik. Und die Panik war insofern berechtigt, als man fürchten konnte, dass die griechische Bevölkerung die angedachten „Rettungspakte“ ablehnen würde. Das würde aber letztlich zur Insolvenz des Staates mit für alle Beteiligten nicht präzise abschätzbaren, aber in jedem Fall höchst desaströsen Folgen geführt haben, übrigens auch für die großen Staaten der Eurozone, weil nämlich deren Banken die wichtigsten Kreditgeber für den griechischen Staat sind. Die Option, mit der die Menschen in Griechenland spielen konnten, war so etwas wie die Drohung mit Selbstmord. Was tragisch deutlich wurde war, dass die Demokratie in entscheidenden Fragen bereits „entleert“ ist. Materiell gab es dort nichts abzustimmen. Die Situation war in einem gewissen Sinne tatsächlich alternativlos. Und das ist sie heute immer öfter und an immer mehr Stellen, auch wenn Frankreich versucht, seine soziale und bürgerliche Tradition hochzuhalten und sich der gnadenlosen Konkurrenz der Globalisierung nicht beliebig ausliefern will. Also Lebensqualität erhalten, die Arbeitszeit der Bürger nicht ausweiten und die Renten der Bürger nicht verkleinern will. Das alles ist nachvollziehbar, für all das gibt es gute Argumente, aber in der Globalisierung, so wie sie heute abläuft, ist dies so wahrscheinlich nicht durchzuhalten.

24. Entwertete Eigentumsrechte – Nebeneffekte der deutschen Energiewende

Deutschland erlebt im Moment ähnliche Einflüsse. Wir haben als Deutsche nach dem Unfall von Fukushima, nach einer kurz zuvor erfolgten Wende in der Energiefrage, eine weitere Wende vorgenommen. Wir sehen mittlerweile, dass vieles in dieser raschen Wende nicht gut durchdacht war. Vielleicht muss das so sein, vielleicht kann man anders die massiven Veränderungen, die irgendwann erfolgen müssen, gar nicht hinbekommen. Aber so etwas hat Konsequenzen, insbesondere auch eigentumsrechtliche Konsequenzen. Unsere Politik führt heute dazu, dass wir unsere Nachbarländer teilweise mit Energie überschwemmen. Wenn nämlich der Wind zu sehr bläst und die Sonne zu sehr scheint, dann produzieren wir zuviel "grüne" Energie. Das Netz kann diese Energie nicht aufnehmen. Wir bezahlen dann unsere Nachbarn dafür, dass sie von uns Energie abnehmen, weil sonst das Netz zusammenbrechen würde. Wir bedenken allerdings nicht, was das für das Geschäftsmodell von Energieunternehmen in den jeweiligen Ländern für Konsequenzen hat. Ihre Anlagen können in dieser Zeit keine Leistung verkaufen. Wer entschädigt sie dafür? Ist das mit dem gemeinsamen europäischen Markt kompatibel? Darf ein einzelnes Land so etwas tun, ohne für die Kosten aufkommen zu müssen, die Anderen entstehen?

Dasselbe gilt auch für eigentumsrechtliche Konsequenzen bzgl. des Geschäftsmodells unserer großen Energiekonzerne. Ihr Geschäftsmodell wurde kurzfristig und ganz wesentlich verändert. Deutsche Energiekonzerne können solche, möglicherweise enteignungsähnlichen Tatbestände, vor Gerichten, und letztlich vor dem deutschen Verfassungsgericht, prüfen lassen. Für Vattenfall als schwedischen Energiekonzern gibt es aber eine weitere Möglichkeit. Vattenfall sucht eine Entscheidung über die Schiedskommission der WTO unter dem Investitionsschutzabkommen der WTO. Als ausländischer Investor sind die Investitionen von Vattenfall in Deutschland vor politischer Willkür geschützt. In Washington wird ein Schiedsgericht entscheiden, wie hoch die Zahlungen sind, die der deutsche Staat leisten müssen, um entstandene Nachteile zu kompensieren, die Vattenfall zu beklagen hat. Ich rechne mit sehr hohen Entschädigungssummen. Wir werden diese dann bezahlen und würden wir das nicht tun, würde am Ende einer langen Kette von Interventionen die US-Armee sicherstellen, dass gezahlt wird bzw. dass deutsches Eigentum zu Kompensationszwecken beschlagnahmt werden kann.

Wenn man dieses Beispiel tiefer analysiert, wird sofort klar, dass hier ein wesentliches Thema bzgl. der energetischen Infrastruktur Deutschlands der deutschen Demokratie teilweise entzogen ist. Zumindest insoweit, dass wir nicht einfach über Mehrheitsentscheidungen die Geschäftsmodelle von Unternehmen unterminieren können, die ihrerseits früherer Entscheidungen der deutschen Demokratie sind. Wir können das, wie gesagt, nicht einmal in Deutschland für deutsche Unternehmen einfach so tun. Wir müssen vielmehr ggf. Entschädigungen zahlen. Erst recht gilt das für ausländische Unternehmen und zwar in dem Sinne, dass schon die Entscheidung darüber, ob und wie viel entschädigt werden muss, nicht mehr in Deutschland fällt, sondern bei der Schiedsgerichtsbarkeit der WTO. Anders ausgedrückt, wir können zwar in unserer Demokratie noch vieles entscheiden, aber die Entscheidungen werden u. U. sehr teuer, weil wir die Konsequenzen dieser Entscheidungen für andere finanziell kompensieren müssen. Wenn wir dann überlegen, was es uns kostet zu entscheiden, was wir entscheiden wollen, dann werden wir es dann vielleicht doch nicht so entscheiden. Anders ausgedrückt, obwohl wir glauben, das sei eine Alternative, ist es eben möglicherwei-

se lebenspraktisch keine. Das ist ein wenig befriedigender Zustand. Das ist die „Entleerung“ der Demokratie, aber logisch unvermeidbar, wenn man den Raum der ökonomischen Interaktion immer weiter ausdehnen will bzw. schon ausgedehnt hat. Dass es dabei für uns in Deutschland als „Exportweltmeister“ ökonomisch keine tragfähigen Alternativen gibt, ist dabei ohnehin klar.

25. Überlegungen zur Globalisierung der Demokratie

Gegen das beschriebene Demokratiedefizit der Globalisierung, wie sie heute erfolgt, hilft auf Dauer nur eine Globalisierung der Demokratie. Verwiesen sei hierzu u. a. auf die sehr wirkungsvolle Initiative zur Etablierung einer parlamentarischen Versammlung bei den Vereinten Nationen, die u. a. die Unterstützung des Europäischen Parlaments besitzt.

Anders ausgedrückt: Wenn man das Ökonomische globalisiert, sollte man vernünftigerweise auch die politische Seite, die das Ökonomische einhegen soll bzw. muss, entsprechend globalisieren. Man braucht deshalb heute eine vernünftige Global Governance. Ohne eine vernünftige weltweite Regulierung, die viel besser sein muss, als sie heute existiert, kann der globale Prozess nicht vernünftig gesteuert werden – auch nicht bzgl. der Gerechtigkeitsthematik. Das Problem, das wir heute haben, ist, dass die wesentliche Strukturierung der heutigen rechtlichen Gegebenheiten über globale Verträge fixiert wurde, bevor die Bürger verstanden haben, um was es geht.

Vor 20 Jahren wurden Verträge geschlossen, die man heute so wahrscheinlich nicht mehr schließen würde. Z. B. verbieten diese uns in Europa das „In den Umlauf-Bringen von Finanzprodukten“ zu besteuern. Diese Verträge ändern kann man auf nationaler Ebene nicht, auch nicht im Gleichschritt mit einer Mehrheit im EU-Parlament. Dazu braucht man vielmehr Konsens unter sehr vielen Staaten. Das gibt den einflussreichen Akteuren, die Veränderungen der Verträge auch heute ablehnen, also denen, die die Verträge genauso wollen, wie sie sind, viele Möglichkeiten dafür zu sorgen, dass es so bleibt. Man kann sich gut die Situation vorstellen, dass 90 Prozent der Menschen in allen OECD Staaten bestehende Verträge ändern wollen und sie trotzdem nicht geändert werden. Jedenfalls haben wir bis heute keinen funktionierenden Governance-Mechanismus, also z. B. keine funktionierende europäische Demokratie, mit der z. B. die europäische Bevölkerung mehrheitlich die Verträge verändern könnte, unter denen wir in Europa operieren. Und noch viel weniger haben wir einen solchen Mechanismus in Bezug auf die WTO. In Europa haben wir in diesem Kontext nun zumindest mit dem Europäischen Parlament einen ersten Schritt in die erforderliche Richtung getan. Aber dieses Parlament ist für vieles nicht zuständig. Das Europäische Parlament darf über vieles nicht abstimmen und in vielen Fällen gibt es auch kein europäisches Wahlvolk, das überhaupt zu einem Thema eine europäische Debatte führen könnte. Da haben wir in Europa noch einen langen Weg vor uns.

Auf G20-Ebene ist das alles noch viel schwieriger, noch viel heterogener ist dort die Ausgangssituation. Insbesondere gibt es keinen gemeinsamen Wahltermin (auch kein gemeinsames Parlament), bei dem wir auch nur simultan in allen Ländern diskutieren könnten, dass wir alle miteinander mehrheitlich bestimmte Verträge ändern wollen. Heute würden wir dies zum jeweiligen Wahltermin in jedem einzelnen Nationalstaat irgendwann diskutieren, müssen aber bei der Wahl davon ausgehen, dass die übrigen G20-Staaten nicht bereit wären, die

Verträge zu ändern. Und in der Regel würden schon ganz wenige unwillige Staaten ausreichen, um Änderungen zu blockieren. Also finden unsere Wahlen immer unter der Prämisse statt, dass die Verträge und damit die Bedingungen so sind wie sie sind – eben TINA (there is no alternative). Und nach dem wir dann wieder gewählt haben, haben wir indirekt einen Zustand bestätigt, der dann wieder für die anderen bei der nächsten Wahl gesetzt ist.

26. Zur Rolle von Krisen

Es ist an dieser Stelle interessant, einen Blick auf die Rolle von Krisen zu werfen. Krisen sind aus gutem Grund der Moment, an dem Dinge geändert werden können. Angesichts der Komplexität der Verhältnisse ist es schon ein Erfolg, wenn keine Krisen auftreten. Man wird dann kaum etwas ändern, d. h. der Status Quo erweist sich als stabil. Tritt eine gravierende Krise auf ist klar, dass etwas geändert werden muss – auch wenn dann längst nicht klar ist, was zu tun wäre.

In der Finanzkrise kamen wir in eine Situation, in der das weltweit eng vernetzte Finanzsystem fast wie eine Kernschmelze innerhalb von Tagen zu kollabieren drohte. Dies wurde den Bürgern in allen beteiligten Staaten, insbesondere all den Staaten, die heute die G20 bilden, gleichzeitig und schmerzhaft bewusst. Es war überall das dominante Thema.

Plötzlich gab es eine weltweite gemeinsame Debatte. Einer schaute, was der andere tat. Und in dieser absolut zentralen Frage bildete sich temporär auch so etwas wie ein G20-Wahlvolk, zumindest für einen kurzen Zeitraum. Es war dieses kurze Zeitfenster, das zur Etablierung der G20 geführt hat. Es war dieses Umfeld, in dem die Politik die unglaubliche Leistung vollbracht hat, diese höchst gefährliche Situation zu meistern, dass eine Depression, vergleichbar der Krise von 1929, vermieden werden konnte. Das ist eine Leistung, die kaum überschätzt werden kann, aber es hat auch extrem viel Geld der Bürger gekostet. Mit diesem Geld, also u. a. um den Preis der Übernahme enormer Lasten durch die Staaten, konnte das Weltfinanzsystem stabilisiert werden.

Es war interessant zu sehen, dass die marktfundamentalistischen Akteure im Zentrum des Systems mit ihrem großen Einfluss auf die Politik plötzlich nicht mehr für Sparen argumentierten, wie sie das sonst immer tut, sondern für Verschuldung, und zwar „aus dem Vollen“. Alle die Kräfte, die permanent das Thema „Sparen“ hochhalten, die nicht wollen, dass der Staat sich verschuldet, schon gar nicht, um die Ausbildung der Kinder sozialschwacher Bürger zu befördern, alle die Kräfte, die schon bei kleinen Summen argumentieren, dass System würde kollabieren, waren jetzt alle dafür, ganz große Summen über Verschuldung zu schultern, weil es um die Stabilität des Gesamtsystems und indirekt um ihren persönlichen Besitz ging, um ihren Wohlstand. Die Staaten haben sich dazu verschuldet wie nie zuvor. Es gab keine Rede dagegen, weil es letzten Endes zum Vorteil derer war, die sich vorher bereichert hatten und jetzt die resultierenden Kosten der eingegangnen Risiken nicht selber tragen wollten. Dabei wurden fundamentale Prinzipien der Marktwirtschaft, nämlich die Übernahme von Verantwortung, die sonst argumentativ immer hochgehalten wurden – missachtet, als es ernst wurde.

27. Globale Gerechtigkeit nach der Finanzkrise

Wir haben einen kleinen Augenblick „globaler Demokratie“ erlebt. Aber wo soll jetzt globale Gerechtigkeit herkommen? In der Krise ging es zunächst und vor allem darum, einen „Brand zu löschen“. Die globale Gerechtigkeit ist ein anderes Thema. Sie wurde eher mit Füßen getreten. In der Folge reden wir jetzt allerdings über Global Governance im Finanzsektor anders als zuvor. Hier wird durchaus auch ein Element von Gerechtigkeit thematisiert. Es geht darum, dem Finanzsektor einer sehr viel engere Regulierung, eine deutlich höhere Transparenz aufzuzwingen und dann auch dafür zu sorgen, dass in diesem Segment adäquat Steuern bezahlt werden. Und dies, etwas allgemeiner, bei allen grenzüberschreitenden ökonomischen Prozessen. Man muss dazu u. a. verhindern, dass es Steuerparadiese gibt, die davon leben, dass sie großen Unternehmen und betuchten Bürgern anderer Staaten ermöglichen, unter Nutzung solcher Oasen bei sich zuhause wenig Steuern zu zahlen und das auch noch legal. Hier ist in der Tat einiges in Bewegung gekommen und wenn es gelingt, die entsprechenden Steuermittel fair zu erschließen, könnte das ein Schlüssel zu Entschuldung der Staaten sein und das in einer Weise, dass die Entschuldung nicht im Wesentlichen zu Lasten der sozialen Balance erfolgt, so wie das in den letzten Jahren zunehmend geschieht.

Das Studium der Verhältnisse im Weltfinanzsektor nach der Krise macht einerseits für jeden deutlich, warum die Regulierung der ökonomischen Sphäre globalisiert werden muss. Andererseits verstehen wir jetzt auch besser, dass in der Folge einer Krise Dinge möglich werden können, die vorher nicht möglich waren. Wir wissen nicht, was im Weiteren genau passieren wird. Aber wir sehen, dass die eventuelle Lösung oder auch Nichtlösung der Frage der Besteuerung globaler ökonomischer Prozesse massiv mit Gerechtigkeitsfragen zu tun hat. Zumindest insofern, als die Gerechtigkeitsfragen hier unmittelbar mit der sozialen Frage verknüpft sind. Will man vernünftige soziale Verhältnisse in den reichen Ländern halten, dann eröffnet die faire Besteuerung der globalen ökonomischen Prozesse eine Chance, die Finanzbasis für Gerechtigkeit zu verbessern. Und will man die globale Sozialsituation vor allem im Süden verbessern, dann sind zusätzliche Mittel, z. B. aus der Besteuerung globaler Transaktionen auch hier ein ganz wichtiges Element. Das gilt auch für die Verunmöglichung des unkontrollierten Transfers von Geld aus sich entwickelnden Ländern in Steuerparadiese.

28. Die Schweiz erfindet sich in Teilen neu

Viel ist in dieser Hinsicht zwischenzeitlich in der Schweiz passiert. Die Verhältnisse, wie sie früher in der Schweiz waren, gibt es heute nicht mehr. Das ist angesichts der zentralen Rolle der Schweiz in diesem Bereich ein wichtiger Schritt, um die Situation insgesamt zu verbessern. Entscheidend wird dann aber auch sein, dass man in die Ausgestaltung von globalen Lösungen im Finanzsektor (z. B. Besteuerung von Transaktionen) Finanzierungselemente für globale Entwicklung aufnimmt, dass man über einen Staatenfinanzausgleich nachdenkt und in Verbindung damit auch über Elemente von Weltsozialpolitik, verbunden mit der Frage, wie diese finanziert werden soll. Ich halte mit Blick auf die globalen Verhältnisse und weltweiten Wohlstand sowie globale Gerechtigkeit einen solchen Mechanismus, also einen globalen Finanzausgleich zwischen Staaten, auf Dauer für unbedingt erforderlich. Zwischenzeitlich müssen wir auch viel mehr innerhalb der einzelnen Länder tun.

29. Wer ist zuständig für die Bereitstellung von Arbeitsplätzen?

Es ist nicht akzeptabel, dass der Kapitalismus, noch präziser, der globale Kapitalismus die Letztentscheidung darüber hat, wie viele Arbeitsplätze es gibt und wie diese honoriert werden, so wie das die Marktfundamentalisten als ihr Credo in der Welt verbreiten. Der Kapitalismus hat auch nicht die Letztentscheidung darüber, wie die soziale Lage von Menschen ausgestaltet wird. Wir setzen in den sozialen Demokratien auf den Markt, wir „glauben“ an die Leistungsfähigkeit der Marktwirtschaft, aber dann muss sie auch „liefern“. Die „Licence to operate“ für ein System, in dem der Staat sich zurückhält, muss die sichtbare Leistung dieses Systems sein. Diese muss letztlich insbesondere auch darin bestehen, dass die weit überwiegende Zahl der Menschen auskömmliche Arbeitsplätze findet und der Staat die Steuern erhält, die er braucht, um seine Aufgaben wahrnehmen zu können. Zwischen einer marktfundamentalistischen Position, gemäß derer der Staat ohnehin wenig bzw. nichts tun kann und einer Welt des Kommunismus, von der wir wissen, dass sie auch nicht funktioniert, gibt es viele Zwischenformen der Governance.

Nicht allgemein bekannt, aber besonders erwähnenswert ist in diesem Kontext die Tatsache, dass die indische Demokratie in einer bemerkenswerten Entscheidung im Jahre 2005 das Vollbeschäftigungsgesetz auf dem Land in Indien hervorgebracht hat. Der Club of Rome thematisiert, dass das eine ganz erstaunliche und wichtige Entscheidung ist. Hier hat ein Staat Verantwortung übernommen. Der indische Staat ist in der Folge heute der größte Arbeitgeber der Welt. Jeder Inder auf dem Land, der arbeitswillig ist, hat das Recht auf 100 Tage bezahlte Arbeit pro Jahr und das in einer akzeptablen Entfernung seines Wohnortes. Diese 100 Tage definieren einen jährlichen Mindestlohn, der in dem Sinne auskömmlich ist, dass die Familien von dem Geld leben können, das dort verdient wird.

Es ist leider so, dass die Umsetzung dieses Gesetzes nach wie vor viele Probleme aufweist. Das Geld kommt häufig nicht an der richtigen Stelle an, Korruption ist in Indien ein großes Problem, hier ist noch viel zu tun. Interessant ist jedenfalls, dass an dieser Stelle die Demokratie zu Gunsten der sozial Schwachen wirkt, während in den USA zum selben Zeitpunkt einige Bundesstaaten daran arbeiten, Gewerkschaften im öffentlichen Sektor zu verbieten, weil man eine Entschuldung der Staaten und der Städte auf einem Wege will, der das Problem primär auf dem Rücken der Staatsdiener bzw. von Beschäftigten und deren Löhne und Renten löst und man Gewerkschaften als Schutzmacht in diesem Kontext als störend ansieht. Soviel zu einem Element der Gerechtigkeit, für das weit mehr als hundert Jahre gekämpft wurde und das im Rahmen der International Labor Organisation (ILO) als Teil des UN Systems als Grundrecht der Arbeitnehmer kodifiziert ist. Wobei sich allerdings die USA immer geweigert haben, die Kernstandards der ILO zu unterschreiben. Einmal mehr zeigt sich, dass das mächtigste Land der Welt in vielen Fragen einer eigenen Logik folgt, wobei es immer wieder die Vorteile aus der Situation ziehen kann, dass es als globale Ordnungsmacht, und auch deshalb ausgestattet mit der Weltreservewährung, viele spezielle Möglichkeiten zur vorteilhaften Ausgestaltung seiner eigenen Situation hat, die andere nicht haben.

30. Globaler Finanzausgleich

Denken wir über globale Gerechtigkeit nach, denken wir über die Überwindung von Hunger und Not nach, dann ist das ein Thema einer globalen sozialen Frage, dann muss man, wie in

Indien, staatlicherseits Verantwortung übernehmen für die Situation der Menschen in einem Land. Ein solcher Weg erfordert dann aus Sicht des Autors - zu Ende gedacht -, dass flankierend Elemente globaler Querfinanzierung etabliert werden. Das ist eine ultimative Gerechtigkeitsfrage in Zeiten der Globalisierung. Es ist erforderlich, in einem großen Ganzen, das ökonomisch als Einheit operiert, einen derartigen Mechanismus zu etablieren, wie dies auf innerstaatlicher Ebene ja ebenfalls selbstverständlich ist. Wobei es dabei viele Mechanismen gibt, Querfinanzierung auszugestalten, innerstaatlich etwa die Finanzierung von Infrastrukturen oder Ausbildung über das Gesamtstaatsbudget. Nur so kann damit angemessen umgegangen werden, dass die Teile des Ganzen oft von sehr unterschiedlicher Leistungsfähigkeit sind.

Besonders hart wird das bei einer gemeinsamen Währung, wie jetzt im Euroraum. Denn dies beinhaltet die Verunmöglichung einer Abwertung der eigenen Währung zur Anpassung an unterschiedliche Leistungsfähigkeiten. Das Ziel ähnlicher Standards im sozialen und ökologischen Bereich ist ohnehin nur bei etwa gleicher Leistungsfähigkeit bzw. bei Finanzausgleich umsetzbar. Denn sehr häufig profitieren die einen von gleichen Standards und die anderen haben Nachteile. Ihre Wettbewerbschance liegt dann im Unterlaufen von Standards bzgl. der Umwelt bzw. bzgl. der sozialen Frage. Das sehen wir heute als dringendes Thema, z. B. bzgl. sklavenartiger Kinderarbeit oder bzgl. der unerträglichen Arbeitsbedingungen entlang der textilen Kette, im Bergbau und einigen andern Branchen. Man kann den anderen die Nutzung ihrer komparativen Vorteile nämlich kaum verbieten. Man kann sie aber in ein System von Standards integrieren, die ihrerseits den Entwicklungsstand eines Landes berücksichtigen können aber insgesamt auf Nachhaltigkeit ausgelegt sein sollten. Es muss dazu erreicht werden, dass ein System abgestimmter, an der Leistungsfähigkeit der betreffenden Staaten parametrisierter Standards für alle Beteiligten attraktiv genug ist, um sich zu beteiligen. Attraktiv gestaltbar werden derartigen Regulierungen durch Querfinanzierung, wie beim Länderausgleich in Deutschland, wie beim Länderfinanzausgleich in Frankreich, in Österreich und in Teilen der EU-Finanzierung auch in der EU als Ganzes.

Dieses Thema wird in der Folge der Finanzkrise in Europa auf dem Wege zu einer Fiskalunion noch sehr an Bedeutung gewinnen. Und das gilt auch für eine Ausgestaltung der Globalisierung in Richtung Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Querfinanzierung muss in diesem Kontext bevorzugt investiv und nicht konsumtiv organisiert und eingesetzt werden. Dies ist ein Schlüsselthema bzgl. der sozialen Frage. Es ist eng mit der Gerechtigkeitsfrage verbunden, aber mindestens ebenso sehr auch verbunden mit der Idee eines „einsichtsvollen Egoismus“ (insightful selfishness). Wer ein leistungsstarkes Ganzes will, wer insbesondere als ein besonders starkes Element eines leistungsfähigen Ganzen von diesem profitieren will, muss sich auch Gedanken um das Ganze und damit alle Menschen machen, die in diesem System, in unserem Fall Europa, leben. Dies gilt insbesondere dann, wenn die eigene Leistungsfähigkeit davon abhängt, dass andere Menschen, z. B. als Fluglotsen oder Zugbegleiter, die Logistik ermöglichen. Oder wenn es für einen „Exportweltmeister“ wie Deutschland darauf ankommt, dass Menschen in den anderen Ländern als Kunden unsere Produkte kaufen (können). Dann wird man überlegen, wie die ökonomische Situation bei den anderen Partnern sein muss, damit die Menschen dort zustimmen bzw. kaufen können.

31. Gerechtigkeit vs. Nutzen

Die besprochenen Fragen sind ethischer Natur und nahe an Gerechtigkeitsfragen, aber sie können auch von Nutzenüberlegungen herkommend, also utilitaristisch, betrachtet werden – was im Übrigen kein Widerspruch sein muss. Wir wissen heute, dass die Ökonomie in großen Systemen am besten funktioniert, wenn eine gewisse Balance der Einkommen gesichert ist. „Wohlstand für Alle“ ist das Thema, eine Erfahrung, die wir auch in Deutschland mit Ludwig Erhard und der sozialen Marktwirtschaft gemacht haben. Eine vernünftige globale Kooperation macht deshalb Sinn. Sie ergibt sich auch als Folge der sogenannten goldenen Regel bzw. des Kant'schen Imperativs. Diese werden von allen großen Kulturen und Religionen akzeptiert und machen den Kern des Weltethos im Sinne von Hans Küng aus. Das ist das Prinzip keinem etwas anzutun, was wir nicht wollen würden, dass man uns antut. Wobei man in der modernen Welt diesen Gedanken auf die ganze Welt und auch auf zukünftige Generationen ausdehnen sollte. Damit werden die großen Gerechtigkeitsthemen, also u. a. Menschenwürde und eine minimale soziale Basis für jeden und damit verbunden Umwelt- und Ressourcenschutz zu zentralen Themen und Herausforderungen, die wir alle miteinander und füreinander in einer vernünftigen Global Governance werden sichern wollen. Eine brauchbare Global Governance ist dabei die vielleicht wichtigste Stellschraube für globale Gerechtigkeit.

32. Durchsetzung eines weltweiten ökosozialen Ordnungsrahmens

In der Sprache des Ökosozialen Forums Europa geht es dabei um die Durchsetzung einer ökosozialen Philosophie für die globale Ökonomie als Gerechtigkeitsthema. So könnte die Zukunft aussehen, wenn wir uns denn weltweit darauf verständigen würden, eine entsprechende Globale Governance zu realisieren – Global Governance ist eine Schüsselfrage für dieses Thema. Sie war deshalb auch einer der beiden großen Agendapunkte im Rahmen der Rio+20 Weltkonferenz in Rio im Jahr 2012. Wenn sich die USA, China, Indien, Europa und andere in Synchronisierung ihrer Interessenlagen auf eine entsprechende Ausgestaltung der Globalisierung verständigen könnten, wenn die G20 ein weltdemokratisches Programm welcher Art auch immer durchsetzen würde, dann wären wir auf einem guten Weg.

Die so erreichbare Zukunft nenne ich Balance und gebe ihr 35 % Erfolgswahrscheinlichkeit. Meiner Ansicht nach ist eine derartige gesellschaftliche Ordnung zur Gestaltung der Zukunft ein ganz wichtiger Baustein auf dem Weg zu mehr Gerechtigkeit auf dem Globus in Zeiten der Globalisierung. In der Sprache von Carl Friedrich von Weizsäcker wäre das ein wichtiger Schritt hin zur Umsetzung einer tragfähigen Weltinnenpolitik, die wiederum, gerade auch unter Gerechtigkeitsaspekten, eine adäquate Antwort auf die Anforderung der Globalisierung wäre – ökonomisch, ökologisch und sozial. Der Club of Rome argumentiert schon immer in diese Richtung, ebenso das Ökosoziale Forum Europa, ebenso das Global Economic Network sowie der Senat der Wirtschaft in Deutschland und Österreich. Das könnte der Weg hin zu Balance, Nachhaltigkeit und mehr globaler Gerechtigkeit sein.

33. Hässliche Zukünfte / unschöne Perspektiven

In den Arbeiten des Club of Rome, nicht anders als in meinen eigenen Büchern, werden auch andere Zukünfte diskutiert, denn eine balancierte Zukunft ist alles andere als gesichert. Ein ökologischer Kollaps (in einer anderen Sprache „Overshoot and decline enforced by nature“) und die Brasilianisierung der Welt (in einer anderen Sprache „Overshoot and managed decline“) sind die prinzipiellen Alternativen. Im Fall des Kollaps bedeutet das eine gewaltsame Anpassung der zu weitgehenden Ansprüche der Menschheit an die Natur in Form eines ökologischen Kollapses mit allen Konsequenzen. Wobei die zu weit gehenden Ansprüche insbesondere Folge ungenügender gesellschaftlicher und technischer Innovationen sein würden, etwa in der Folge einer Klimakatastrophe, weil der rechtzeitige Umbau der Zivilisation nicht geleistet wurde. Die materielle Anpassung erfolgt dabei ggf. durch Verhungern von hundertten von Millionen Menschen.

Im anderen Fall (Brasilianisierung) erfolgt eine geordnete globale Anpassung an immer weniger verfügbaren Ressourcen bei inadäquater Governance der technischen Möglichkeiten mit der Folge, dass große Teile der Bevölkerung in einem geordneten Prozess sehr weitgehend von der Partizipation an Ressourcennutzung ausgeschlossen werden – der Weg hin zu einer Weltzweiklassengesellschaft. Das löst zwar das Klimaproblem, führt auch zur Entlastung der Staatshaushalte und der Sozialkassen, weil die Mehrheit der Menschen im Schnitt früher sterben wird, aber all das ist sozial nicht akzeptabel. Es bedeutet das Zurück für die meisten Menschen in der heute reichen Welt und das Ende der Hoffnung für die meisten Menschen in der heute armen Welt auf eine bessere Zukunft. Eine solche Zukunft ist ungerecht gegenüber fast allen, weil es eine viel bessere Welt geben könnte. Eine Weltzweiklassengesellschaft wäre dennoch vielleicht gerechter als die heutige Welt, weil es dann nämlich in allen Ländern ein extremes arm/reich-Muster geben würde und keine Aufteilung mehr in reiche Welt vs. arme Welt, wie das heute der Fall ist.

Wie wird die Zukunft aussehen? Werden wir miteinander das Klimaproblem lösen? Wollen wir die Bangladeshis, 30 Millionen Menschen im Gangesdelta davor schützen, dass ihr Land überflutet wird oder sind uns die Bangladeshis egal? Und was machen die Inder in ihrem überfüllten Land, wenn die Bangladeshis kommen sollten? Wie sieht es mit der Welternährung aus, wenn in Indien als Folge des Klimawandels der Monsun ausbleiben sollte? Was ist, wenn die Gletscher des Himalajas schmelzen und in der Folge die Wasserversorgung für 2 Milliarden Menschen an den 5 größten Strömen Asiens unzureichend wird.

In Sibirien freuen sich wahrscheinlich die Menschen, wenn es wärmer wird. Endlich ist es nicht mehr ganz so kalt. Außerdem werden Ressourcen im Boden frei werden, an die man bisher nicht herankommt. Vielleicht kann man irgendwann die Nord-West-Passage benutzen. Das wird viele Gewinner und noch mehr Verlierer erzeugen. In Sibirien leben heute nämlich nur „25 Millionen Menschen“, auf dem indischen Subkontinent bald 2 Milliarden – 80 Mal so viele.

In einer globalen Zweiklassengesellschaft (Brasilianisierung) ist das Muster „wenige Gewinner, viele Verlierer“ normal. Wie soll man sich als Mensch bei diesen Möglichkeiten verhalten? Jorgen Randers vom Club of Rome erwartet in seinem Buch „2052“ ziemlich sicher das Szenario „Overshoot and managed decline“, also die Brasilianisierung der Welt als Folge der

heutigen, nicht adäquat regulierten Globalisierung. Auch ich halte die Brasilianisierung für ziemlich wahrscheinlich.

34. Was soll man als Einzelner tun / Doppelstrategie

Ich empfehle angesichts der verschiedenen möglichen Zukünfte generell eine flexible Herangehensweise, ein „Spiel mit mehreren Bällen“. Einerseits ein Bemühen als Individuum um globale Balance. Andererseits sollte man sich vorbereiten auf den Fall, dass die Weltzweiklassengesellschaft kommt. Dann sollte man möglichst auf der richtigen Seite sein. Es kann nicht falsch sein zu versuchen, auch in einer Weltzweiklassenstruktur selber eher zu den Gewinnern zu gehören als zu den Verlierern. Und wenn man heute bereits über entsprechende Potentiale und Möglichkeiten verfügt kann man am ehesten noch dazu beitragen, dass die Welt sich in Richtung Balance bewegt. Viele Eliten auf dem Globus wollen aber gar keine balancierten Strukturen. Sie haben nicht mehr das Problem der früheren Eliten in Deutschland, Frankreich oder Großbritannien, die ihr Land stark machen mussten, weil sie nur so ihr eigenes Vermögen schützen konnten – ihr Schicksal war in diesem Sinne an das ihres Landes gekoppelt.

Heute ist das anders, Vermögen sind global allokiert. Heute gibt es so etwas wie eine sichere Zone für Milliardäre rund um den Globus. Von dort her wird man eher politische Kontrolle gegen die Demokratie anstreben als eine Welt von 10 Milliarden Menschen zu befördern, in der ein globaler Mittelstand über eine globale Demokratie die Verhältnisse in Richtung der eigenen Interessen lenken könnte. Wer hat in dieser Auseinandersetzung die besseren Karten und was ist gerecht in diesem Prozess? Muss man eine Welt in Balance wollen oder kann man – ethisch begründbar - in Angst um die Folgen einer solchen Welt, in der dann das ökonomische Schwergewicht der Welt und letztlich die militärische Macht fast zwangsläufig in Indien und China sitzen würden, gegen Balance sein. Sollten wir eine Zweiklassengesellschaft anstreben, damit der Westen, relativ betrachtet, stärkste Macht bleiben kann? Und wer entscheidet das? Heute entscheidet es ein Finanzsystem, das enorm kurzfristig ausgelegt ist und sich mit derartigen Fragen kaum beschäftigt.

35. Der „Fluch“ der Kurzfristorientierung

Jorgen Randers vom Club of Rome spricht von 'short termism', einer extremen Kurzfristorientierung als unser Kernproblem, also die absolute Kurzfristigkeit des Denkens, die Kurzfristigkeit in der Orientierung der Einzelnen wie der Unternehmen mit ihren Quartalsberichten, aber auch der Kurzfristigkeit einer Politik, bei der alle paar Monate irgendwo irgendetwas gewählt wird. Wir haben uns gesellschaftliche Systeme extremer Kurzfristigkeit geschaffen und müssen jetzt mit den Folgen leben. Vielleicht noch genauer: Es sind solche Systeme in einem komplizierten historischen Prozess entstanden und jetzt kaum noch modifizierbar.

Heute sind wir im Mahlstrom dieser entfesselten Prozesse mit ihrem viel zu hohen Tempo im Wesentlichen nur noch Getriebene, fast wie „Zauberlehrlinge“, die staunend vor den Folgen dessen stehen, was sie angerichtet haben. Deshalb haben wir heute kaum noch die Chance zur Gestaltung einer gerechten Welt, wie sich das die meisten Menschen wohl wünschen würden. Das würde jahrzehntelange Investitionen in Ausbildung und Aufbau erfordern. Die

Schlüsselfrage dafür ist die Global Governance-Frage, wobei sich in der durchgesetzten Governance der Typus der Gerechtigkeit manifestieren wird, welchen wir global verwirklichen können.

Ist es global das, was wir heute in Europa kennen? Dies wäre schon viel. Für die meisten Beobachter ist das die obere Grenze dessen, was wir als Gerechtigkeit auf diesem Globus im 21. Jahrhundert erreichen können. Oder ist das Ergebnis der zukünftigen Abläufe eher die Weltweiklassengesellschaft. Sie wäre aus Sicht entwickelter Länder ein Rückschritt. Auch ein Rückschritt in Bezug auf die Umsetzung von Gerechtigkeit. Sie wäre aber in einer globalen Sicht möglicherweise mehr gerecht, als der Zustand, den wir heute haben. Zumindest wäre es dann überall eine Weltweiklassengesellschaft. Und mindestens in diesem Sinne gäbe es nicht mehr die reichen und die armen Länder, sondern es gäbe in jedem Land Reiche und Arme.

In jedem Fall wird die Art, wie wir die Globalisierung weiter entwickeln, das Niveau und den Typus von Gerechtigkeit bestimmen, den wir letztlich realisieren werden. Und das gilt natürlich auch für die Zukünfte „Kollaps“ bzw. „Brasilianisierung“, z. B. in der Folge einer Klimakrise mit potentiell extrem negativen Auswirkungen auf Milliarden Menschen. Dies ist eine Horrorvorstellung von Zukunft, die das Gegenteil von allem ist, was wir üblicherweise als gerecht bezeichnen. Was aber, wenn es so kommen sollte, überall dazu führen würden, dass wir nach dem Motto „Jeder für sich“ versuchen werden, für uns zu retten, was zu retten ist.

Solange die Zukunft noch offen ist und wir einen Einfluss auf die weitere Entwicklung haben, sollten wir vernünftigerweise alles tun, einen ökologischen Kollaps zu verhindern. Aber selbst da tun wir uns schwer, z. B. in der Verabschiedung eines Weltklimavertrages. Wenn wir den Kollaps verhindern können, dann möglichst nicht um den Preis der Brasilianisierung der Welt. Aber ob wir das hinbekommen, ob wir den nötigen Konsens erreichen werden, ist unklar. Es ist sogar unklar, ob wir aktuell über die G20 die 3 großen Gerechtigkeitsfragen richtig adressieren werden, die heute aktuell auf der Tagesordnung stehen. Dies betrifft einerseits die Frage der Beseitigung des Hungers, zweitens eine adäquate Regulierung der Weltfinanzsysteme und drittens die Vermeidung einer Klimakatastrophe. Niemand weiß, ob all dies oder auch nur ein Teil davon gelingen wird. Und alle 3 Themen sind eng miteinander verknüpft.

Ich gebe uns für diese wünschenswerte Zukunft, wie oben schon erwähnt, etwa 35 Prozent Erfolgswahrscheinlichkeit. Dabei geht es um das Ringen um eine Zukunft in Balance und eine in diesem Sinne gerechtere Welt. Ich sehe, dass sich gerade nach der letzten Finanzkrise auch einiges Positives in diese Richtung entwickelt hat. Jorgen Randers, mit dem neuen Buch des Club of Rome „2052“, und Dennis L. Meadows, der wesentlich den ersten Report „Limits to Growth“ mit verantwortet hat, sie geben uns nicht einmal 10 Prozent Chance für eine Gleichzeitigkeit von Globalisierung und Nachhaltigkeit und damit für eine gute und gerechte Zukunft. Soviel zu Globalisierung und Gerechtigkeit in schwierigen Zeiten.

Zusammenfassung

Gerechtigkeit in Zeiten der Globalisierung muss bedeuten, dass die Menschheit das „Raumschiff Erde“ auf Kurs hält. Dabei müssen insbesondere Situationen vermieden werden, in

denen Menschen Opfer lokaler Konflikte werden und einander weh tun (wie heute z. B. in Syrien) oder weltweit und kollektiv miteinander z. B. die Umwelt zerstören, z. B. über ein Übermaß an Klimagasemissionen – um von einem großen Krieg erst gar nicht zu reden. Mit Blick auf diese Herausforderung, die vor uns liegen, müssen wesentliche Veränderungen im Denken herbeigeführt werden. Ziel muss eine Welt in Balance sein. Dies erfordert massive technische Innovationen und einen Umbau der Zivilisation, insbesondere durch bessere Governancebedingungen, hin zu einer Situation, in der die Preise am Markt „die Wahrheit,, sagen. Ordnungspolitisch erfordert das den Weg in Richtung auf eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft, für die die sogenannte Fundamentalidentität gilt: Markt (bzw. Wohlstand) und Nachhaltigkeit = Ökosoziale Marktwirtschaft. Im Rahmen einer solchen weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft, die ihrerseits auf Elementen bürgerlicher Freiheit, weltweiter Gemeinwohlorientierung und (Welt-)Demokratie basiert, würde mehr globale Gerechtigkeit möglich, als heute vorstellbar ist. Mehr Gerechtigkeit ist möglich, auch wenn selbst im günstigsten Fall nicht alles Wünschenswerte erreicht werden wird, auch deshalb nicht, weil legitime Anliegen sich teilweise widersprechen. Der Weg hin zu einer gerechteren Welt ist kein Selbstläufer – eher eine Sisyphusarbeit in einem nie endenden Ringen um Einsicht und Verständigung. Immerhin haben wir eine Chance. Der Versuch ist die Mühe wert.

Literatur

1. Arrow, K. J.,: Arrow's theorem. In: Steven N. Durlauf und Lawrence E. Blume (Hrsg.): The New Palgrave Dictionary of Economics. 2. Aufl. 2008
2. Bartosch, U., Gansczyk, K. (Hrsg.): Weltinnenpolitik für das 21. Jahrhundert – Carl Friedrich von Weizsäcker verpflichtet. LIT-Verlag, Münster, September 2007
3. Beck, R.: Unterfinning, Ländliche Welt vor Anbruch der Moderne, C. H. Beck Verlag, München 2004
4. Beck, U., Pöferl, A. (Hrsg.), Große Armut, großer Reichtum: Zur Transnationalisierung sozialer Ungleichheit, Belrin, 2010
5. Braitenberg, V., Radermacher, F. J. (Hrsg.): Bewusstsein aus systemtheoretischer Sicht: Einige Beobachtungen, Ulm 2007
6. Camerer, C., thaler, R.: „Ultimatums, dictators and manners“, Journal of Economic Perspectives 9, 1995, S. 209-219
7. Crosby, A. W.: Ecological Imperialism – The Biological Expansion of Europe, Cambridge University Press, First published 1986, reprinted 2004, 2005
8. Fischler, F., Ortner, Ch.: Europa – der Staat, den keiner will, Ecowin Verlag der Top Akademie GmbH Salzburg, 2006
9. Frey, A.: Das Konzept Weltvertrag: Evaluation internationaler Rahmenbedingungen. Dissertation, Universität Duisburg, 2007
10. Gore, A.: Angriff auf die Vernunft, Riemann Verlag, 2007
11. Gore, A.: The Future – Six Drivers of Global Change, Random House, 2013
12. Gottwald, F.-T., Fischler F.: Ernährung sichern – Weltweit Ökosoziale Gestaltungsperspektiven, Bericht an die Global Marshall Plan Initiative, Murmann Verlag, 2007
13. Held, D.: Soziale Demokratie im globalen Zeitalter, Suhrkamp Verlag, 2007
14. Herlyn, E.: Einkommensverteilungsbasierte Präferenz- und Koalitionsanalysen auf der Basis selbstähnlicher Equity-Lorenzkurven. Ein Beitrag zur Quantifizierung sozialer Nachhaltigkeit. Gabler Verlag, 2012
15. Herlyn, E. L. A., Radermacher, F.J.: Ökosoziale Marktwirtschaft: Wirtschaften unter Constraints der Nachhaltigkeit, in: Jahrbuch Nachhaltige Ökonomie (H. Rogall, ed.), Metropolis-Verlag, Marburg, 2012
16. Hölscher, L.; F. J. Radermacher (Hrsg.): Klimaneutralität – Hessen geht voran. Springer Vieweg / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, Oktober 2012
17. Idel, A.: Die Kuh ist kein Klima-Killer: Wie die Agrarindustrie die Erde verwüstet und was wir dagegen tun können, Metropolis, 2010
18. Küng, H.: Projekt Weltethos, 2nd ed., Piper, 1993
19. Küng, H.: Anständig wirtschaften – Warum Ökonomie Moral braucht, Piper, 2010
20. Pogge, T.: Poverty, Climate Change and Overpopulation, In: Georgia Journal of International and Comparative Law 38, 2010
21. Radermacher, F. J.: Cognition in System, Cybernetics and Systems 27. No. 1, 1 – 41, 1996

22. Radermacher, F.J.: Global Marshall Plan / Ein Planetary Contract. Für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft. Ökosoziales Forum Europa (ed.), Wien, September 2004, ISBN 3-9501869-2-1
23. Radermacher, F.J.: Die Zukunft unserer Welt – navigieren in schwierigem Gelände, Hrsg.: Stifterverband für die deutsche Wissenschaft, 2010
24. Radermacher, F.J.: Das Trilemma der modernen Welt, FAW/n, 2013
25. Radermacher, F. J.: Klimapolitik nach Doha – Hindernisse in Lösungen verwandeln, GAIA 22/2 (2013)
26. Radermacher, F. J.: Die Ressourcen der Erde setzen uns Grenzen – vom sächsischen Bergmann Hans Carl von Carlowitz 1713 bis zum neuen Report an den Club of Rome 2052. In: Die Erfindung der Nachhaltigkeit – Leben, Werk und Wirkung des Hans Carl von Carlowitz. Sächsische Hans-Carl-von-Carlowitz-Gesellschaft e. V. (Hrsg.), s. 141-155, oekom Verlag, März 2013
27. Radermacher, F.J.: Wie können wir Food, Filet und Fuel versöhnen? forum Nachhaltig Wirtschaften 03/2013, 18-20, 2013
28. Radermacher, F.J., Beyers, B.: Welt mit Zukunft – Überleben im 21. Jahrhundert, Murmann Verlag, Hamburg 2007
29. Radermacher, F. J., Riegler, J., Weiger, H.: Ökosoziale Marktwirtschaft – Historie, Programm und Perspektive eines zukunftsfähigen globalen Wirtschaftssystems, oekom Verlag, 2011
30. Randers, J.; Bus, A.; Held, U.; Leipprand, A.: 2052. Der neue Bericht an den Club of Rome: Eine globale Prognose für die nächsten 40 Jahre. Oekom, 2012
31. Rawls, J.: Eine Theorie der Gerechtigkeit, Suhrkamp Verlag, 2001
32. Riegler, J.: Wege zu einer gerechteren Welt; Hrsg.: Ökosoziales Forum, 2005
33. Riegler, J.: Den Blick nach vorn – Ökosozial leben und wirtschaften, Hrsg.: Club Niederösterreich, Wien 2009
34. Solte, D.: Weltfinanzsystem am Limit – Einblicke in den „Heiligen Gral“ der Globalisierung. Terra Media Verlag, Berlin, 2007
35. Solte, D., Eichhorn, W.: Das Kartenhaus Weltfinanzsystem – Rückblick – Analyse – Ausblick. (Klaus Wiegandt, Hrsg.), Fischer Taschenbuch Verlag, 2009
36. Soros, G.: Der Blick geht nach vorn. FinanzBuch Verlag, München, 2010
37. Stiglitz, J.: Der Preis der Ungleichheit – Wie die Spaltung der Gesellschaft unsere Zukunft bedroht, Siedler Verlag, 2012
38. Szpiro, G.: Die verflixte Mathematik der Demokratie, Springer Verlag / Verlag Neue Züricher Zeitung, 2011
39. Tremmel, J. C.: A Theory of Intergenerational Justice, Earthscan Verlag, 2009
40. von Weizsäcker, C. F.; Picht, G.: Bedingungen des Friedens, Göttingen, 1964
41. von Weizsäcker, E. U.: Faktor Fünf – Die Formel für nachhaltiges Wachstum, Droemer Verlag, März 2010
42. Wild, P.: Apartheid und ethnische Säuberung in Palästina: Der zionistische Siedlerkolonialismus in Wort und Tat, Promedia Verlag, 2013
43. Wilkinson, R.; Pickett, K.: Spirit Level – Why Equality is Better for Everyone. Penguin Books Ltd, London, 2009/2010
44. Ziegler, J.: Das Imperium der Schande – Der Kampf gegen die Armut und Unterdrückung, Pantheon Verlag, Januar 2007